



Amtsblatt für Brandenburg

28. Jahrgang	Potsdam, den 10. Mai 2017	Nummer 18
---------------------	----------------------------------	------------------

Inhalt	Seite
BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESBEHÖRDEN	
Ministerium des Innern und für Kommunales	
Richtlinie des Ministeriums des Innern und für Kommunales zur Gewährung von Zuweisungen zum Ausgleich besonderen Bedarfs gemäß § 16 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 bis 4 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes an Gemeinden und Landkreise ab dem Jahr 2017 (Richtlinie Besonderer Bedarfsausgleich - RLBBABbgFAG)	399
Aufhebung der Förderungsvorschriften Rettungswesen	402
Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz	
Ausweisung von Badegewässern im Land Brandenburg	402
Ministerium für Wirtschaft und Energie	
Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg für das Programm „Brandenburgischer Innovationsgutschein (BIG)“ zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von kleinen und mittleren Unternehmen inklusive Handwerksbetrieben	409
Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft	
Dritte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes Untere Havel - Brandenburger Havel	413
Fünfte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Rhin-/Havelluch“	414
Zweite Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Schnelle Havel“	414
Landesamt für Umwelt	
Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben wesentliche Änderung einer Biogasanlage in 03149 Forst (Lausitz)	415
Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben wesentliche Änderung und Betrieb einer Biogasanlage in 14641 Nauen OT Ribbeck	416

Inhalt	Seite
Genehmigung für die Errichtung und den Betrieb einer Windkraftanlage in 04895 Mühlberg/Elbe OT Brottewitz	416
Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben wesentliche Änderung einer Biogasanlage in 15837 Baruth/Mark.	417
Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von einer Windkraftanlage in 17291 Nordwestuckermark	417
Errichtung und Betrieb von vier Windkraftanlagen in 14913 Niedergörsdorf OT Schönefeld und OT Wergzahna	418
 Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe	
Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben „Sanierung FGL 214, Abschnitt Bobbau-Buchholz-Kallinchen, Leistungsumfang 2017, ONTRAS Vorhaben-Nr.: ON 16139“	419
 BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESBETRIEBE	
Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Wünsdorf	
Widmung der Landesstraße 711n und Ankündigung der Umstufung der L 711 im Bereich Golßen - Altgolßen auf Grund der Bahnübergangsbeseitigungsmaßnahme	420
 Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Dienststätte Cottbus	
Widmung der L 67n und Ankündigung der Umstufung der Landesstraße 67 im Zusammenhang mit der Verlegung der Ortsdurchfahrt der L 67 Mühlberg	420
 BEKANNTMACHUNGEN DER GERICHTE	
Zwangsversteigerungssachen	422
STELLENAUSSCHREIBUNGEN	424
 NICHTAMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN	
Gläubigeraufruf	425

BEKANTMACHUNGEN DER LANDESBEHÖRDEN

**Richtlinie des Ministeriums des Innern
und für Kommunales
zur Gewährung von Zuweisungen
zum Ausgleich besonderen Bedarfs
gemäß § 16 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 bis 4
des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes
an Gemeinden und Landkreise ab dem Jahr 2017
(Richtlinie Besonderer Bedarfsausgleich -
RLBBABbgFAG)**

Vom 10. April 2017

Aufgrund des § 16 Absatz 2 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes (BbgFAG) in Verbindung mit § 16 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 bis 4 des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes vom 29. Juni 2004 (GVBl. I S. 262), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. März 2016 (GVBl. I Nr. 10), erlässt das Ministerium des Innern und für Kommunales diese Richtlinie:

1 Zuwendungszweck und Rechtsgrundlagen

Das Land Brandenburg gewährt nach § 16 Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 bis 4 BbgFAG in Verbindung mit dieser Richtlinie den Zuweisungsempfängern auf Antrag Bedarfszuweisungen, die unter anderem zum Ausgleich für folgende besondere Bedarfe bestimmt sind:

- 1.1 Schuldendiensthilfen wegen Hochverschuldung,
- 1.2 Sicherstellung der Grundausrüstung zur Wahrnehmung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben,
- 1.3 Hilfen für die Durchführung notwendiger und unabweisbarer Investitionsmaßnahmen oder von Investitionsmaßnahmen mit besonderer überörtlicher oder überregionaler Bedeutung,
- 1.4 Ausgleich besonderer Härten in Durchführung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes und des Gemeindefinanzreformgesetzes.

In Einzelfällen können Zuweisungsempfängern auch Bedarfszuweisungen zum Teilausgleich unüberwindbarer struktureller Haushaltsdefizite gewährt werden.

2 Definition der Bedarfszuweisung

Bedarfszuweisungen sind Bestandteil und Instrument des kommunalen Finanzausgleichs. Sie sind innerhalb dieses Gesamtsystems der allgemeinen Schlüsselzuweisungen nur ergänzende Mittel, die als Nothilfe unverschuldeter Haushaltsnotlagen dem Zuwendungsempfänger dienen sollen. Eine unverschuldete Haushaltsnotlage liegt in der Regel dann vor, wenn die Zuwendungsempfänger den gesetzli-

chen Haushaltsausgleich gemäß § 63 Absatz 4 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) trotz eines beschlossenen und genehmigten Haushaltssicherungskonzepts gemäß § 63 Absatz 5 BbgKVerf aus eigener Kraft innerhalb des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums nicht erreichen können.

Aufgrund der besonderen Auffang- und Ergänzungsfunktion sind Bedarfszuweisungen nach dieser Richtlinie gegenüber anderen Finanzierungs- beziehungsweise Förderinstrumenten grundsätzlich subsidiär. Wegen des Gebots der Nachrangigkeit kann die Gewährung von Bedarfszuweisungen gegebenenfalls befristet ausgesetzt werden, wenn alternative öffentliche Mittel für die in der Nummer 1 benannten Bedarfslagen bereitgestellt werden. Die Antragsteller sind verpflichtet, diese Hilfen vorrangig für ihre Bedarfslagen einzusetzen.

3 Zuweisungsempfänger

Zuweisungsempfänger sind Gemeinden und Landkreise.

4 Zuweisungsvoraussetzungen

- 4.1 Als hochverschuldet im Sinne von Nummer 1.1 gelten Zuweisungsempfänger, die infolge von Zahlungsverpflichtungen an Gläubiger für Maßnahmen im Investitionsbereich trotz sparsamster Haushalts- und Wirtschaftsführung in eine Haushaltsnotlage geraten sind und diese aus eigener Kraft innerhalb des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums nicht überwinden können. Die Höhe der Verschuldung (nur bei Investitionen) muss die Durchschnittsverschuldung der jeweiligen Ebene beziehungsweise der jeweiligen Gemeindegrößenklasse um mindestens 10 Prozent überschreiten.
- 4.2 Den Zuweisungsempfängern können Bedarfszuweisungen nach Nummer 1.2 zum Erhalt freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben zur Verfügung gestellt werden, soweit sie nicht in der Lage sind, ein Mindestmaß an freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben durchzuführen. Dies ist dann der Fall, wenn Gemeinden und Landkreise trotz sparsamster Haushalts- und Wirtschaftsführung im Einzelfall keine Mittel zur Wahrnehmung freiwilliger Selbstverwaltungsaufgaben verbleiben.

Als Mindestmaß an freiwilligen Leistungen gilt dabei rechnerisch 1 Prozent der Summe der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben (Kontengruppe 40) sowie der Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (Kontengruppe 41). Die Höhe der besonderen Zuweisung setzt sich zusammen aus dem Unterschiedsbetrag zwischen dem nach dieser Richtlinie festgesetzten Mindestmaß an freiwilligen Leistungen und den tatsächlichen Aufwendungen des Zuweisungsempfängers für freiwillige Leistungen abzüglich der dazugehörigen Erträge für freiwillige Leistungen.

4.3 Bedarfszuweisungen als Hilfen nach Nummer 1.3 können Zuweisungsempfängern gewährt werden, die trotz sparsamster Haushalts- und Wirtschaftsführung den gesetzlichen Haushaltsausgleich mittelfristig nicht darstellen können und nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft notwendige und unabweisbare Investitionen beziehungsweise Investitionsfördermaßnahmen zu finanzieren beziehungsweise Förderprogramme zu kofinanzieren. Des Weiteren darf eine kommunalaufsichtliche Kreditgenehmigung zur Finanzierung dieser Investitionen wegen des hohen Verschuldungsgrades des Zuweisungsempfängers nicht zulässig sein. Der Zuweisungsempfänger kann eine Bedarfszuweisung für Investitionsmaßnahmen im freiwilligen Aufgabenbestand nur dann erhalten, wenn diese von übergemeindlicher beziehungsweise überregionaler Bedeutung sind und der Haushaltskonsolidierung dienen. Eine Bedarfszuweisung kann unter diesen Voraussetzungen unter anderem gewährt werden, wenn sie zur Unterstützung der interkommunalen Kooperationen beziehungsweise der Verwaltungsmodernisierung dient oder geeignet ist, das Ziel einer effizienten Verwaltung zu erreichen.

4.4 Den Zuwendungsempfängern können Bedarfszuweisungen gewährt werden, wenn diese in Durchführung des Brandenburgischen Finanzausgleichsgesetzes oder des Gemeindefinanzreformgesetzes trotz Nachsteuerung aus dem kommunalen Finanzausgleich eine besondere Härte (zum Beispiel durch Gewerbesteuerzurückstellungen beziehungsweise durch Zahlung der Finanzausgleichsumlage) erfahren haben.

Da es sich dabei in der Regel um zeitliche Verschiebungen (zum Beispiel zeitliches Auseinanderfallen von Steueraufkommen und Anrechnung des Steueraufkommens im Ausgleichssystem des kommunalen Finanzausgleichs) handelt, kommen in diesen Fällen insbesondere rückzahlbare Bedarfszuweisungen in Betracht.

4.5 Unüberwindbare strukturelle Haushaltsdefizite liegen vor, wenn Zuwendungsempfänger in den letzten drei Haushaltsjahren seit der Antragstellung in der Summe Negativsalden in den Ergebnisrechnungen dieser Haushaltsjahre sowie entsprechende Kassenkreditaufnahmen verzeichnen, die sie aus eigener Kraft und trotz sparsamster Haushalts- und Wirtschaftsführung innerhalb des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums nicht ausgleichen können. Der für den Ausgleich in Betracht zu ziehende Negativsaldo mindert sich, soweit die Zuwendungsempfänger über noch nicht ausreichend erschlossene Konsolidierungspotenziale verfügten und diese zur Behebung der haushaltswirtschaftlichen Probleme hätten einsetzen können. Der hiernach fortzuschreibende Negativsaldo kann nach Abzug der positiven Zahlungsbestände bis zu einer Höhe von 75 Prozent durch Bedarfszuweisungen ausgeglichen werden, um den Konsolidierungswillen des Zuwendungsempfängers zu befördern.

5 Sonstige Zuweisungsbestimmungen

5.1 Nachweis der Haushaltsnotlage

Eine unverschuldete Haushaltsnotlage liegt in der Regel dann vor, wenn die Haushaltswirtschaft des Zuwendungs-

empfängers seit mindestens drei Haushaltsjahren strukturelle Haushaltsdefizite verzeichnet oder ein besonderer Bedarf nach Nummer 4.4 vorliegt, der innerhalb des mittelfristigen Finanzplanungszeitraums zu einer strukturell dauerdefizitären Haushaltswirtschaft führen würde.

5.2 Sparsamste Haushalts- und Wirtschaftsführung

Eine sparsamste Haushalts- und Wirtschaftsführung kann angenommen werden, wenn der Zuweisungsempfänger alle ihm zur Verfügung stehenden Konsolidierungsmöglichkeiten ausgeschöpft hat. Der Zuweisungsempfänger hat durch Vorlage von Beitrags- und Gebührensatzungen sowie sonstigen Regelungen zur Erstattung von Kosten kommunaler Dienstleistungen beziehungsweise Erhebung von Nutzungsentgelten die Ausschöpfung seiner eigenen Ertragsmöglichkeiten nachzuweisen. Bei der Grundsteuer A und B sind zu den durchschnittlichen Hebesätzen der jeweiligen Gemeindegroßenklasse 30 Prozentpunkte hinzuzurechnen. Bei Landkreisen muss der Hebesatz der Kreisumlage mindestens 3 Prozentpunkte über dem Durchschnittshebesatz aller brandenburgischen Landkreise des Vorvorjahres liegen.

Der Zuweisungsempfänger hat nachzuweisen, dass er seine Einsparmöglichkeiten bei den Aufwendungen und Auszahlungen ausgeschöpft hat. Die Höhe der zulässigen freiwilligen Leistungen darf bei den Landkreisen 3 Prozent, bei den kreisfreien Städten 8 Prozent und bei den kreisangehörigen Städten und Gemeinden bis unter 2 500 Einwohnern 2,5 Prozent, mit 7 500 Einwohnern 3 Prozent, mit 15 000 Einwohnern 3,5 Prozent, mit 35 000 Einwohnern 4 Prozent, mit 45 000 Einwohnern 4,5 Prozent und mit 55 000 Einwohnern 5 Prozent der Summe der Erträge aus Steuern und ähnlichen Abgaben (Kontengruppe 40) sowie Erträge aus Zuwendungen und allgemeinen Umlagen (Kontengruppe 41) nicht überschreiten. Liegt die Einwohnerzahl einer kreisangehörigen Gemeinde zwischen zwei Stufen, so wird der Hundertsatz durch Interpolation ermittelt und auf zwei Dezimalstellen hinter dem Komma aufgerundet.

6 Verfahren

6.1 Bewilligungsbehörde ist das Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg.

Ist der Nachweis der Haushaltsnotlage gemäß Nummer 6.3 erbracht, setzt die Bewilligungsbehörde die Höhe der Bedarfszuweisung durch schriftlichen Bescheid fest. Beabsichtigt die Bewilligungsbehörde den Antrag abzulehnen, hört sie den antragstellenden Zuweisungsempfänger vor Erlass einer Entscheidung zu den Ablehnungsgründen schriftlich an.

6.2 Die Anträge auf Gewährung einer Bedarfszuweisung sind bei der Bewilligungsbehörde unter Beachtung der Vorgaben der Nummern 6.3 bis 6.5 schriftlich einzureichen.

Die Landkreise und kreisfreien Städte legen ihre Anträge unmittelbar der Bewilligungsbehörde vor. Kreisangehörige Gemeinden legen ihre Anträge mit den vollständigen Unterlagen der unteren Kommunalaufsichtsbehörde zur Prüfung der sachlichen Richtigkeit vor. Diese leitet die Anträge mit einer Stellungnahme zur Haushaltssituation der Zuwen-

dungsempfänger (zum Beispiel durch Übergabe von Haushalts- oder Genehmigungserlassen) der Bewilligungsbehörde zu.

6.3 Der Nachweis der Haushaltsnotlage ist durch nachstehende Unterlagen zu belegen:

- a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Antragsjahr;
- b) ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept für das Antragsjahr;
- c) mittelfristige Finanzplanung;
- d) Schuldenstand und Kassenkreditbestand zum 31. Dezember des Vorjahres;
- e) Nachweis der in den Vorjahren aufgelaufenen Haushaltsdefizite;
- f) geprüfte Jahresabschlüsse für den maßgeblichen Antragszeitraum;
- g) der Notlage zugrunde liegende Sachverhalte (zum Beispiel Verträge und Vereinbarungen) sowie
- h) gegebenenfalls Beschlüsse und kommunalaufsichtliche Genehmigungen.

Darüber hinaus sind die Satzungen über die Erhebung von Gebühren und Beiträgen sowie eine Übersicht über die Erträge und Aufwendungen im Bereich der freiwilligen Leistungen einzureichen. Die Bewilligungsbehörde kann im Einzelfall weitere Unterlagen anfordern.

6.4 Bei Anträgen nach Nummer 4.3 ist zusätzlich zu den Angaben unter Nummer 6.3 die Unabweisbarkeit, die Bedarfsgerechtigkeit und die Wirtschaftlichkeit der beantragten Investitionsmaßnahme zu belegen.

6.5 Die Zuweisungsempfänger erhalten nach Eingang ihrer Anträge eine Eingangsbestätigung mit dem Hinweis darauf, ob diese vollständig sind und bearbeitet werden können.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Bedarfswweisung besteht nur in dem verfassungsmäßig definierten Rahmen.

Die Bewilligungsbehörde entscheidet über die Gewährung der Mittel nach pflichtgemäßem Ermessen und im Rahmen der verfügbaren Mittel des Ausgleichsfonds.

6.6 Die Mittel werden als rückzahlbare oder nicht rückzahlbare Bedarfswweisungen gewährt. Ihre Höhe ist von der jeweiligen Haushaltssituation des Zuweisungsempfängers und von den noch vorhandenen Konsolidierungsreserven bei sparsamster Haushalts- und Wirtschaftsführung abhängig.

Eine rückzahlbare Bedarfswweisung kommt dann in Betracht, wenn der Zuweisungsempfänger in der Lage ist, innerhalb eines fünfjährigen Zeitraums seine Haushaltsnotlage aus eigener Kraft unter Hinzuziehung der noch nicht ausgeschöpften Konsolidierungsreserven bei sparsamster Haushalts- und Wirtschaftsführung zu bewältigen.

6.7 Die Bewilligung und die Auszahlung der Bedarfswweisung können von Seiten der Bewilligungsbehörde mit Bedingungen und Auflagen zur Wiederherstellung der sparsamsten Haushalts- und Wirtschaftsführung verbunden werden.

6.8 Die Bewilligungsbehörde kann bei der Gewährung von Investitionshilfen gemäß Nummer 4.3 im Zuweisungsbescheid bestimmen, dass der Gesamtbetrag der Bedarfswweisung für mehrere Investitionsmaßnahmen verwendet werden kann, so dass Mittelverschiebungen innerhalb von mehreren bewilligten Maßnahmen zulässig sind, wenn die insgesamt bewilligte Zuweisungssumme nicht überschritten wird.

Sie kann grundsätzlich auch bestimmen, dass eine Übertragung bewilligter Mittel in das nächste Haushaltsjahr zulässig ist, wenn die Maßnahme im Bewilligungszeitraum noch begonnen wurde, aber nicht mehr fertiggestellt werden konnte. Mittelübertragungen ins nächste Haushaltsjahr sind gegenüber der Bewilligungsbehörde zu beantragen.

6.9 Soweit keine näheren Bestimmungen im Bescheid getroffen wurden, ist die Auszahlung der Bedarfswweisung bei der Bewilligungsbehörde bedarfsgemäß abzufordern.

7 Verwendungsnachweisverfahren

7.1 Der Zuweisungsempfänger hat die bestimmungsgemäße Verwendung der Bedarfswweisung und die Erfüllung von Nebenbestimmungen entsprechend den Festlegungen im Bescheid gegenüber der Bewilligungsbehörde fristgerecht nachzuweisen.

7.2 Kommt der Zuweisungsempfänger seinen Verpflichtungen aus dem Bescheid nicht oder nicht innerhalb der festgesetzten Frist nach, kann der Zuweisungsbescheid gemäß § 49 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) widerrufen und die Bedarfswweisung gemäß § 49a VwVfG ganz oder teilweise zurückgefordert werden.

7.3 Im Falle einer Rückforderung können gemäß § 49a VwVfG auch Zinsen erhoben werden, sofern eine entsprechende Festlegung im Zuweisungsbescheid enthalten ist.

8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft und gilt für alle Anträge, die nach dem Inkrafttreten gestellt werden.

Gleichzeitig treten die Richtlinien über die Gewährung von Zuweisungen aus dem Ausgleichsfonds an hochverschuldete Gemeinden vom 21. März 2001 (im Amtsblatt nicht veröffentlicht) und die Richtlinie über die Gewährung von besonderen Zuweisungen an kreisangehörige Gemeinden vom 21. März 2001 (im Amtsblatt nicht veröffentlicht) außer Kraft.

Aufhebung der Förderungsvorschriften Rettungswesen


















Bekanntmachung
des Ministeriums des Innern und für Kommunales
Vom 13. April 2017




































Die Förderungsvorschriften Rettungswesen vom 27. Juli 1994 (ABl. S. 1259) treten am Tag nach der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Amtsblatt für Brandenburg außer Kraft.








































Ausweisung von Badegewässern im Land Brandenburg









































Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
und für Europa und Verbraucherschutz
Vom 19. April 2017






































Entsprechend § 3 Absatz 1 der Brandenburgischen Badegewässerverordnung vom 6. Februar 2008 (GVBl. II S. 78) werden Badegewässer, die aufgrund von § 1 Absatz 3 dieser Verordnung auszuweisen sind, für die Badegewässersaison 2017 bekannt gemacht:






































Nummer im WWW	Landkreis/kreisfreie Stadt	Badegewässer	Lage des Badebereiches, Badestrand	Qualitätseinstufung 2013 - 2016		Merkmal
				Prädikat	Symbol	
1	BAR	Bernsteinsee	Ruhlsdorf, Strand	ausgezeichnet		
2	BAR	Gamensee	Tiefensee, CP „Country-Camping“	ausgezeichnet		
3	BAR	Gorinsee	Schönwalde, Badewiese am Campingplatz	ausgezeichnet		
4	BAR	Grimnitzsee	Joachimsthal, Feriendorf	ausgezeichnet		
5	BAR	Grimnitzsee	Joachimsthal, Strandbad	ausgezeichnet		
6	BAR	Großer Wukensee	Biesenthal, Strandbad	ausgezeichnet		
7	BAR	Liepnitzsee	Lanke, Waldbad	ausgezeichnet		
8	BAR	Obersee	Lanke, Badewiese	ausgezeichnet		
9	BAR	Parsteiner See	Brodowin/Pehlitz, CP „Pehlitz/Werder“	ausgezeichnet		
10	BAR	Parsteiner See	Parstein, CP „Am Parsteiner See“	ausgezeichnet		
260	BAR	Ruhlesee	Ruhlsdorf, Strand Feriendorf „Dorado“	ausgezeichnet		
11	BAR	Stolzenhagener See	Stolzenhagen, Strandbad	ausgezeichnet		
12	BAR	Üdersee	Finowfurt, Ferienpark „Üdersee-Camp“	ausgezeichnet		
13	BAR	Wandlitzsee	Wandlitz, Strandbad	ausgezeichnet		
14	BAR	Werbellinsee	Eichhorst, BEROLINA Campingparadies am Werbellinsee	ausgezeichnet		
15	BAR	Werbellinsee	Joachimsthal, CP „Am Spring“	ausgezeichnet		
16	BAR	Werbellinsee	Joachimsthal, Badewiese „Am Stein“	ausgezeichnet		






































Num- mer im WWW	Land- kreis/ kreis- freie Stadt	Badegewässer	Lage des Badebereiches, Badestrand	Qualitätseinstufung 2013 - 2016		Merkmal
				Prädikat	Symbol	
17	BAR	Werbellinsee	Joachimsthal, EJB	ausgezeichnet		
18	BAR	Werbellinsee	Joachimsthal, Holzablage Michen	ausgezeichnet		
19	BRB	Beetzsee	Massowburg	changes - Veränderung		Bewirtschaf- tungsmaßnahmen
20	BRB	Breitlingsee	Malge	ausgezeichnet		
21	BRB	Großer Wendsee	Wendseeufer	ausgezeichnet		
22	BRB	Möserscher See	Brandenburg an der Havel OT Kirchmöser, Arke	ausgezeichnet		
23	BRB	Plauer See	Camping- und Ferienpark am Plauer See	ausgezeichnet		
266	BRB	Beetzsee	Grillendamm	neu		2018 Einstufung
24	EE	Badesee „Hauptteich“	Schönborn OT Lindena, Bad Erna	ausgezeichnet		
25	EE	Badesee Rückersdorf	Rückersdorf, Hauptstrand	ausgezeichnet		
26	EE	Waldbad Zeischa	Am Rettungsturm	ausgezeichnet		
27	EE	Grünwalder Lauch	Strandbereich Gorden	ausgezeichnet		
28	EE	Falkenberg „Kiebitz“	Am Rettungsturm	ausgezeichnet		
31	EE	Badesee Brandis	Air force Beach	ausgezeichnet		
32	FF	Helensee	Frankfurt (Oder), Hauptstrand	ausgezeichnet		
33	FF	Helensee	Frankfurt (Oder), Oststrand	ausgezeichnet		
34	FF	Helensee	Frankfurt (Oder), Weststrand (FKK)	ausgezeichnet		
35	HVL	Havel	Ketzin/Havel, Strandbad	ausgezeichnet		
36	HVL	Hohennauener See	Hohennauen	ausgezeichnet		
37	HVL	Hohennauener See	Semlin, Bauerndeich	ausgezeichnet		
38	HVL	Hohennauener See (Ferchesarer See)	Ferchesar, Dranseschlucht	ausgezeichnet		
39	HVL	Hohennauener See	Wassersuppe	ausgezeichnet		
40	HVL	Hohennauener See (Ferchesarer See)	Ferchesar, Zeltplatz	ausgezeichnet		
41	HVL	Kleßener See	Kleßen	ausgezeichnet		
42	HVL	Nymphensee	Brieselang	ausgezeichnet		
43	LDS	Briesener See	Briesensee	ausgezeichnet		
44	LDS	Frauensee	KIEZ „Frauensee“, Gräbendorf	ausgezeichnet		
46	LDS	Groß Leuthener See	Groß Leuthen	ausgezeichnet		
47	LDS	Großer Tonteich (Körbiskruger Tonsee)	Bestensee	ausgezeichnet		
259	LDS	Heidensee	Halbe	ausgezeichnet		
48	LDS	Hölzerner See	KIEZ „Hölzerner See“, Gräbendorf	ausgezeichnet		
49	LDS	Horstteich	Bornsdorf	ausgezeichnet		
50	LDS	Kiessee II	Bestensee, Liegewiese	ausgezeichnet		
51	LDS	Klein Köriser See	Groß Köris OT Klein Köris, Jugendherberge	ausgezeichnet		
52	LDS	Köthener See	Köthen, Jugendherberge	ausgezeichnet		
53	LDS	Krimnicksee	Königs Wusterhausen OT Neue Mühle	ausgezeichnet		
54	LDS	Krossinsee	Wernsdorf	ausgezeichnet		

Num- mer im WWW	Land- kreis/ kreis- freie Stadt	Badegewässer	Lage des Badebereiches, Badestrand	Qualitätseinstufung 2013 - 2016		Merkmal
				Prädikat	Symbol	
55	LDS	Krummer See	Krummensee	ausgezeichnet		
56	LDS	Langer See	Dolgenbrodt	ausgezeichnet		
57	LDS	Miersdorfer See	Zeuthen, Freibad	ausgezeichnet		
58	LDS	Mochowsee	Lamsfeld, Campingplatz	ausgezeichnet		
59	LDS	Motzener See	Motzen	ausgezeichnet		
60	LDS	Neuendorfer See	Hohenbrück	ausgezeichnet		
61	LDS	Pätzer Vordersee	Pätz	ausgezeichnet		
62	LDS	Schweriner See	Schwerin	ausgezeichnet		
63	LDS	Schwielochsee	Goyatz	ausgezeichnet		
64	LDS	Schwielochsee	Jessern	ausgezeichnet		
65	LDS	Schwielochsee	Ressen-Zaue, Campingplatz Zaue	ausgezeichnet		
66	LDS	Spree	Naturbadestelle Lübben/Steinkirchen	ausgezeichnet		
265	LDS	Spree	SpreeLagune Lübben/Spreewald	neu		2017 Einstufung
67	LDS	Teupitzer See	Teupitz	ausgezeichnet		
68	LDS	Teupitzer See	Teupitz, Südufer	ausgezeichnet		
69	LDS	Todnitzsee	Bestensee	ausgezeichnet		
70	LDS	Tonsee	Groß Köris OT Klein Köris	ausgezeichnet		
71	LDS	Wolziger See	Kolberg	ausgezeichnet		
72	LDS	Wolziger See	Wolzig	ausgezeichnet		
73	LDS	Zeuthener See	Eichwalde	ausgezeichnet		
74	LDS	Ziestsee	Bindow	ausgezeichnet		
76	LOS	Flakensee	Woltersdorf, Zeltplatz E 42	ausgezeichnet		
77	LOS	Glower See	Leißnitz OT Glowe	ausgezeichnet		
79	LOS	Großer Müllroser See	Müllrose, Freibad	ausgezeichnet		
80	LOS	Großer Müllroser See	Müllrose, Strandbad	ausgezeichnet		
81	LOS	Großer Treppelsee	Bremsdorf, Zeltplatz	ausgezeichnet		
106	LOS	Grubensee	Limsdorf	ausgezeichnet		
82	LOS	Kalksee	Woltersdorf, Richard-Wagner-Straße	ausgezeichnet		
83	LOS	Kiessee	Kagel, Zeltplatz E 40	ausgezeichnet		
84	LOS	Möllensee	Kagel, Grünheide, Zeltplatz E 37	ausgezeichnet		
85	LOS	Peetzsee	Grünheide, Zeltplatz E 34	ausgezeichnet		
87	LOS	Ranziger See	Ranzig	ausgezeichnet		
88	LOS	Scharmützelsee	Bad Saarow, Cecilienpark	ausgezeichnet		
89	LOS	Scharmützelsee	Bad Saarow, Pieskow	ausgezeichnet		
90	LOS	Scharmützelsee	Bad Saarow, Strandbad Mitte	ausreichend		
92	LOS	Scharmützelsee	Diensdorf	ausgezeichnet		
93	LOS	Scharmützelsee	Wendisch Rietz, Campingplatz Schwarzhorn	ausgezeichnet		
94	LOS	Scharmützelsee	Wendisch Rietz, Ferienpark	ausgezeichnet		
95	LOS	Schervenzsee	Schernsdorf, Bungalows	ausgezeichnet		
96	LOS	Schwielochsee	Campingplatz Trebatsch - Sawall	ausgezeichnet		

Num- mer im WWW	Land- kreis/ kreis- freie Stadt	Badegewässer	Lage des Badebereiches, Badestrand	Qualitätseinstufung 2013 - 2016		Merkmal
				Prädikat	Symbol	
97	LOS	Schwielochsee	Niewisch	ausgezeichnet		
98	LOS	Spree	Berkenbrück	ausgezeichnet		
99	LOS	Spree bei Beeskow	Beeskow, Spreepark	ausgezeichnet		
100	LOS	Springsee	Limsdorf	ausgezeichnet		
101	LOS	Störitzsee	Spreeau, Störitzland	ausgezeichnet		
102	LOS	Storkower See	Dahmsdorf	ausgezeichnet		
263	LOS	Storkower See	Storkow, Karlslust	ausgezeichnet		
103	LOS	Storkower See	Storkow, Strandbad	ausgezeichnet		
104	LOS	Storkower See	Storkow, Wolfswinkel	ausgezeichnet		
105	LOS	Tiefer See	Ranzig	ausgezeichnet		
107	LOS	Trebuser See	Fürstenwalde -Trebus, Strand	ausgezeichnet		
264	LOS	Werlsee	Grünheide, Nordstrand	ausgezeichnet		
108	LOS	Werlsee	Grünheide, Südstrand	ausgezeichnet		
109	MOL	Baggersee	Gusow	ausgezeichnet		
110	MOL	Bötzsee	Eggersdorf, Strandbad	ausgezeichnet		
111	MOL	Bötzsee	FKK - „Hochspannung - Postbruch“	ausgezeichnet		
112	MOL	Dieksee	Falkenhagen	ausgezeichnet		
113	MOL	Freibad Zechin	Zechin	ausgezeichnet		
114	MOL	Gabelsee	Falkenhagen	ausgezeichnet		
115	MOL	Großer Däbersee	Waldsiefersdorf, Volksbad	ausgezeichnet		
116	MOL	Großer Klobichsee	Münchehofe	ausgezeichnet		
117	MOL	Großer Stienitzsee	Hennickendorf	ausgezeichnet		
118	MOL	Hohenjesarscher See	Alt Zeschdorf	ausgezeichnet		
119	MOL	Klostersee	Altfriedland	ausgezeichnet		
122	MOL	Schermützelsee	Buckow, Strandbad	ausgezeichnet		
123	MOL	Schwarzer See	Falkenhagen	ausgezeichnet		
124	MOL	Straussee	Strausberg, Jenseits des Sees	ausgezeichnet		
125	MOL	Straussee	Strausberg, Liegewiesen Nord - Badstraße	ausgezeichnet		
126	MOL	Straussee	Strausberg, Strandbad	ausgezeichnet		
127	MOL	Vorder- oder Haussee	Obersdorf	ausgezeichnet		
128	MOL	Waldbad	Wriezen	ausgezeichnet		
129	MOL	Weinbergsee	Diedersdorf	ausgezeichnet		
130	OHV	Bernsteinsee	Velten	ausgezeichnet		
131	OHV	Große Plötze	Löwenberger Land OT Neuendorf	ausgezeichnet		
132	OHV	Großer Stechlinsee	Gransee Gem. Stechlin OT Neuglobsow	ausgezeichnet		
133	OHV	Großer Wentowsee	Zehdenick OT Marienthal	ausgezeichnet		
134	OHV	Haussee	Fürstenberg OT Himmelpfort-Pian	ausgezeichnet		
135	OHV	Kiessee	Mühlenbecker Land OT Schildow	ausgezeichnet		
136	OHV	Kleiner Wentowsee	Gransee OT Seilershof	ausgezeichnet		
137	OHV	Lehnitzsee	Oranienburg	ausgezeichnet		

Num- mer im WWW	Land- kreis/ kreis- freie Stadt	Badegewässer	Lage des Badebereiches, Badestrand	Qualitätseinstufung 2013 - 2016		Merkmal
				Prädikat	Symbol	
138	OHV	Menowsee	Fürstenberg OT Steinförde	ausgezeichnet		
139	OHV	Moderfitzsee	Fürstenberg OT Himmelpfort	ausgezeichnet		
140	OHV	Mühlensee	Liebenwalde	ausgezeichnet		
141	OHV	Nieder Neuendorfer See	Hennigsdorf OT Nieder Neuendorf	ausgezeichnet		
142	OHV	Peetschsee	Fürstenberg OT Steinförde	ausgezeichnet		
143	OHV	Rahmer See	Mühlenbecker Land OT Zühlsdorf	ausgezeichnet		
144	OHV	Röblinsee	Fürstenberg	ausgezeichnet		
145	OHV	Roofensee	Gransee Gem. Stechlin OT Menz	ausgezeichnet		
146	OHV	Stolpsee	Fürstenberg OT Himmelpfort, Campingplatz	ausgezeichnet		
147	OHV	Stolpsee	Fürstenberg OT Himmelpfort, Fürstenberger Straße	ausgezeichnet		
148	OHV	Waldbad	Zehdenick-Neuhof	ausgezeichnet		
149	OHV	Waldsee	Tier- und Freizeitpark Oranienburg OT Germendorf	ausgezeichnet		
151	OPR	Dranser See	Schweinrich	ausgezeichnet		
152	OPR	Dranser See	Schweinrich, Blanschen	ausgezeichnet		
153	OPR	Grienericksee	Rheinsberg	ausgezeichnet		
154	OPR	Großer Prebelowsee	Kleinzerlang	ausgezeichnet		
155	OPR	Großer Zechliner See	Kagar	ausgezeichnet		
270	OPR	Großer Zechliner See	Flecken Zechlin	neu		2019 Einstufung
156	OPR	Gudelacksee	Lindow	ausgezeichnet		
157	OPR	Kalksee	Binenwalde	ausgezeichnet		
158	OPR	Kleiner Pälitzsee	Kleinzerlang	ausgezeichnet		
159	OPR	Klempowsee	Wusterhausen, Freibad	ausgezeichnet		
160	OPR	Königsberger See	Königsberg	ausgezeichnet		
161	OPR	Molchowsee	Neuruppin OT Molchow	ausgezeichnet		
162	OPR	Ruppiner See	Neuruppin OT Altruppin, Seebad	ausgezeichnet		
163	OPR	Ruppiner See	Neuruppin OT Gnewikow	ausgezeichnet		
164	OPR	Ruppiner See	Neuruppin, Hotel Waldfrieden	ausgezeichnet		
165	OPR	Ruppiner See	Neuruppin, Jahnbad	ausgezeichnet		
166	OPR	Ruppiner See	Wustrau, Am Schloß	ausgezeichnet		
167	OPR	Schlabornsee	Zechlinerhütte	ausgezeichnet		
168	OPR	Untersee	Bantikow	ausgezeichnet		
169	OPR	Untersee	Kyritz, Freibad	ausgezeichnet		
170	OPR	Wutzsee	Lindow, Schönbirken	ausgezeichnet		
171	OPR	Zermittensee	Kagar	ausgezeichnet		
172	OPR	Zermützelsee	Neuruppin, Zermützel	ausgezeichnet		
173	OPR	Zootensee	Zechlinerhütte	ausgezeichnet		
262	OSL	Gräbendorfer See	Laasow/Tauchschule	ausgezeichnet		
174	OSL	Grünewalder Lauch	Grünewalde	ausgezeichnet		

Num- mer im WWW	Land- kreis/ kreis- freie Stadt	Badegewässer	Lage des Badebereiches, Badestrand	Qualitätseinstufung 2013 - 2016		Merkmal
				Prädikat	Symbol	
175	OSL	Senftenberger See	Großkoschen	ausgezeichnet		
176	OSL	Senftenberger See	Niemtsch	ausgezeichnet		
177	OSL	Senftenberger See	Senftenberg - Stadt	ausgezeichnet		
178	OSL	Senftenberger See	Senftenberg/Buchwalde	ausgezeichnet		
179	P	Havel, Templiner See	Waldbad Templin	ausgezeichnet		
180	P	Havel, Tiefer See	Stadtbad Park Babelsberg	ausgezeichnet		
181	PM	Beetzsee	Butzow, Campingplatz	ausgezeichnet		
182	PM	Beetzsee	Gortz, Campingplatz	ausgezeichnet		
183	PM	Beetzsee	Päwesin, KiEZ Bollmannsruh	ausgezeichnet		
184	PM	Glindower See	Strandbad Glindow	ausgezeichnet		
185	PM	Glindower See	Werder, Blütencamping „Riegelspitze“	nach changes - Veränderung		Einstufung neu 2017
186	PM	Plessower See	Strandbad Werder	ausgezeichnet		
187	PM	Schwielowsee	Strandbad Caputh	ausgezeichnet		
188	PM	Schwielowsee	Strandbad Ferch	ausgezeichnet		
190	SPN	Deulowitzer See	Atterwasch	ausgezeichnet		
191	SPN	Großsee	Tauer	ausgezeichnet		
194	TF	Glieniksee	Camp Dobbrikow	ausgezeichnet		
195	TF	Gottower See	Gottow, Strand	ausgezeichnet		
196	TF	Großer Wünsdorfer See	Wünsdorf, Strand Neuhof	ausgezeichnet		
197	TF	Großer Wünsdorfer See	Wünsdorf, Strandbad	ausgezeichnet		
198	TF	Großer Zeschsee	Lindenbrück OT Zesch	ausgezeichnet		
199	TF	Kiessee	Horstfelde, Wasserskianlage	ausgezeichnet		
200	TF	Kiessee	Rangsdorf, Strand	ausgezeichnet		
201	TF	Klietower See	Klietow, Strand	ausgezeichnet		
202	TF	Körbaer See	Erholungsgebiet Körbaer Teich	ausgezeichnet		
203	TF	Krummer See	Sperenberg, Strandbad	ausgezeichnet		
204	TF	Mahlower See	Mahlow, Strand	ausgezeichnet		
205	TF	Mellensee	Klausdorf, Strandbad	ausgezeichnet		
206	TF	Mellensee	Mellensee, Strandbad	ausgezeichnet		
207	TF	Motzener See	Kallinchen, Campingplatz	ausgezeichnet		
208	TF	Motzener See	Kallinchen, Campingplatz, AKK	ausgezeichnet		
209	TF	Motzener See	Kallinchen, Strandbad	ausgezeichnet		
210	TF	Rangsdorfer See	Rangsdorf, Seebad	ausgezeichnet		
211	TF	Siethener See	Siethen, Strand Potsdamer Chaussee, Ortsausgang	ausgezeichnet		
212	TF	Vordersee	Dobbrikow, Strand	ausgezeichnet		
213	UM	Brüssower See	Brüssow, Seebad	ausgezeichnet		
214	UM	Carwitzer See	Thomsdorf	ausgezeichnet		
215	UM	Dreetzsee	Thomsdorf Campingplatz	ausgezeichnet		

Num- mer im WWW	Land- kreis/ kreis- freie Stadt	Badegewässer	Lage des Badebereiches, Badestrand	Qualitätseinstufung 2013 - 2016		Merkmal
				Prädikat	Symbol	
216	UM	Fährsee	Templin, Campingplatz	ausgezeichnet		
217	UM	Gleuensee	Klosterwalde, Zeltplatz	ausgezeichnet		
218	UM	Gollinsee	Gollin	ausgezeichnet		
267	UM	Großer Krinertsee	Temmen	neu		2018 Einstufung
219	UM	Großer Kronsee	Rutenberg	ausgezeichnet		
220	UM	Großer Kuhsee	Gramzow	ausgezeichnet		
221	UM	Großer Lychensee	Lychen, Stadtbad	ausgezeichnet		
222	UM	Großer See	Hohengüstow	ausgezeichnet		
223	UM	Großer See	Fürstenwerder	ausgezeichnet		
224	UM	Großer Väter-See	Groß Väter	ausgezeichnet		
225	UM	Großer Warthesee	Warthe	ausgezeichnet		
226	UM	Haussee	Hardenbeck	ausgezeichnet		
227	UM	Kastavensee	Retzow, Kastaven	ausgezeichnet		
228	UM	Kleinowsee	Falkenwalde OT Neu Kleinow	ausgezeichnet		
229	UM	Lübbensee	Milmersdorf OT Petersdorf	ausgezeichnet		
230	UM	Lübbensee	Templin, Seehotel	ausgezeichnet		
231	UM	Lützlöwer See	Lützlöw	ausgezeichnet		
269	UM	Mühlensee	Schwaneberg	neu		2019 Einstufung
232	UM	Naugartener See	Naugarten	ausgezeichnet		
233	UM	Oberuckersee	Fergitz	ausgezeichnet		
234	UM	Oberuckersee	Warnitz - Quast	ausgezeichnet		
235	UM	Oberuckersee	Stegelitz, Schifferhof	ausgezeichnet		
236	UM	Oberuckersee	Warnitz, Campingplatz	ausgezeichnet		
237	UM	Oberuckersee	Warnitz, Ferienhaussiedlung	ausgezeichnet		
268	UM	Randowtal	Schmöllner See	neu		2019 Einstufung
238	UM	Röddelinsee	Röddelin, Zeltplatz	ausgezeichnet		
239	UM	Röddelinsee	Templin, OT Hindenburg	ausgezeichnet		
240	UM	Sabinensee	Willmine	ausgezeichnet		
241	UM	Schumellensee	Boitzenburg	ausgezeichnet		
242	UM	Templiner See	Templin, Freibad	ausgezeichnet		
243	UM	Templiner See	Templin, Schinderkuhle	ausgezeichnet		
244	UM	Unteruckersee	Prenzlau, Am Kap	ausgezeichnet		
245	UM	Unteruckersee	Prenzlau, Seebadeanstalt	ausgezeichnet		
246	UM	Unteruckersee	Röpersdorf	ausgezeichnet		
247	UM	Wolletzsee	Angermünde, Strandbad	ausgezeichnet		
248	UM	Wurlsee	Lychen, Zeltplatz 79	ausgezeichnet		
249	UM	Wurlsee	Retzow, Wurlgrund	ausgezeichnet		
251	UM	Zaarsee	Templin, OT Ahrensdorf	ausgezeichnet		
252	UM	Zenssee	Lychen, Wuppgarten	ausgezeichnet		
253	UM	Zenssee	Lychen, Heilstätten	ausgezeichnet		

**Richtlinie
des Ministeriums für Wirtschaft und Energie
des Landes Brandenburg für das Programm
„Brandenburgischer Innovationsgutschein (BIG)“
zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit
und Innovationskraft von kleinen und mittleren
Unternehmen inklusive Handwerksbetrieben**

Vom 18. April 2017

1 Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1.1 Das Land Brandenburg gewährt nach Maßgabe dieser Richtlinie, der Landeshauhaltsordnung (LHO) und der dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften (VV) und des jeweils gültigen Koordinierungsrahmens der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) kleinen und mittleren Unternehmen¹ (KMU) im Land Brandenburg projektbezogene Zuschüsse

- für Maßnahmen zur Unterstützung des Wissens- und Technologietransfers von Forschungseinrichtungen² in KMU (Großer und Kleiner BIG-Transfer)
- zur Umsetzung eines Forschungs- und Entwicklungsprojekts (BIG-FuE)
- zur Vorbereitung und Umsetzung von Digitalisierungsmaßnahmen im eigenen Unternehmen (BIG-Digital)
- zur Unterstützung bei der Teilnahme an forschungs-, entwicklungs- und innovations-(FuEuI)-relevanten EU-Fördermaßnahmen (BIG-EU).

Bei dem Kleinen BIG-Transfer handelt es sich um eine De-minimis-Beihilfe im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1)³.

¹ Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Richtlinie Unternehmen mit weniger als 250 Beschäftigten und einem Vorjahresumsatz von höchstens 50 Millionen Euro oder einer Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen Euro, die sich zu weniger als 25 Prozent des Kapitals oder der Stimmanteile in unmittelbarem oder mittelbarem Besitz eines oder mehrerer Unternehmen befinden, die ihrerseits diese Bedingungen nicht erfüllen (Ausnahmen zum Beispiel öffentliche Beteiligungs- oder Risikokapitalgesellschaften sowie institutionelle Anleger). Diese Kriterien gelten kumulativ und stets auf Grundlage der jeweils aktuellen Empfehlungen der EU-Kommission. Insbesondere hinsichtlich der Abgrenzung wird für die fallbezogene Ermittlung der Daten auf die ausführlichen diesbezüglichen Erläuterungen der EU-Kommission vom 6. Mai 2003 (ABl. L 124 vom 20.5.2003, S. 36) verwiesen. Die jeweilige Zuordnung erfolgt erst, wenn die genannten Kriterien zwei aufeinanderfolgende Jahre erfüllt beziehungsweise verfehlt werden. Maßgeblich für die Zuordnung ist der Zeitpunkt der Antragstellung.

² Hierzu zählen auch Plankrankenhäuser und Reha-Einrichtungen des Landes Brandenburg, die sich an patientenorientierter klinischer Forschung oder sozialen Innovationen beteiligen.

³ Nach der De-minimis-Verordnung können die Mitgliedstaaten staatliche Beihilfen an Unternehmen bis zu 200 000 Euro (Straßengütertransportsektor 100 000 Euro) innerhalb von drei Steuerjahren gewähren.

Die anderen Fördermaßnahmen werden nach Maßgabe der Artikel 25, 28 beziehungsweise 29 der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 187 vom 26.6.2014, S. 1 [AGVO]) gewährt und sind daher mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar und von der Anmeldepflicht gemäß Artikel 108 Absatz 3 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union freigestellt.

Das Ministerium für Wirtschaft und Energie (MWE) hat die Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) mit der Durchführung der Fördermaßnahmen gemäß dieser Richtlinie beauftragt.

- 1.2 Ziel der Förderung ist es, KMU den Zugang zu den Erkenntnissen von Wissenschaft und Forschung zu erleichtern und so ihre Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit zu stärken, externe Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen in den Innovationsprozess einzubinden und die Entwicklung neuer beziehungsweise die qualitative Verbesserung bestehender Produkte, Prozesse, Verfahren oder Dienstleistungen zu unterstützen. Weiteres Ziel ist auch, die KMU bei Betriebs- und Prozessinnovationen durch Digitalisierung zu unterstützen sowie deren Beteiligung an EU-Fördermaßnahmen zu intensivieren.
- 1.3 Ein Anspruch des Antragstellers auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht, vielmehr entscheidet die Bewilligungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsermächtigungen.

2 Gegenstand der Förderung

2.1 Der BIG-Transfer (Kleiner BIG-Transfer, Großer BIG-Transfer) kann sowohl zur wissenschaftlichen Einstiegsarbeit als auch zur planungs-, entwicklungs- und umsetzungsorientierten Forschungs- und Entwicklungstätigkeit genutzt werden, die im Zusammenhang mit der Entwicklung beziehungsweise Weiterentwicklung von Produkt-, Verfahrens-, Dienstleistungs-, Prozess- und Organisationsinnovationen stehen.

Dazu gehört auch der Transfer von Design-Know-how von Forschungseinrichtungen in KMU.

Wissenschaftliche Einstiegsarbeiten sind Maßnahmen im Vorfeld der Forschung und Entwicklung, die in Form von Machbarkeitsstudien ausschließlich durch den Kleinen BIG-Transfer gefördert werden.

Der Kleine BIG-Transfer soll nur für Unternehmen gelten, die noch keine vertraglich fixierte forschungs- und entwicklungsbezogene Zusammenarbeit mit einer Forschungseinrichtung hatten.

Der Durchführungszeitraum eines Projekts soll sechs Monate nicht überschreiten.

- 2.2 Der BIG-FuE wird für Forschungs- und Entwicklungsprojekte in den Phasen der industriellen Forschung und der experimentellen Entwicklung mit Durchführungszeitraum von grundsätzlich bis zu 24 Monaten gewährt. Die entwickelten Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen sollen unmittelbar nach Projektende vermarktet oder für den Produktionsprozess einsetzbar sein.

Lieferungen und Leistungen unter/zwischen verbundenen/verflochtenen Unternehmen sind im Rahmen der marktüblichen Preise nur in Höhe der Selbstkostenpreise (ohne Gewinnaufschläge) mit entsprechender Steuerberaterbestätigung förderfähig. Die Ermittlung der Selbstkostenpreise muss auf nachvollziehbaren Kalkulationen und/oder Rechnungen beziehungsweise gleichwertigen Belegen der verbundenen Unternehmen oder Partnerunternehmen für Lieferungen und Leistungen Dritter beruhen.

- 2.3 Mit dem BIG-Digital werden KMU bei der Finanzierung von Maßnahmen unterstützt, die darauf ausgerichtet sind, bestehende betriebliche Abläufe und Prozesse umfassend auf Innovationspotenziale durch Digitalisierung zu analysieren, dafür geeignete individuelle Lösungen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln (Modul Beratung) und diese im eigenen Unternehmen zu implementieren (Modul Implementierung). Die Unterstützung umfasst ebenfalls die im Zusammenhang mit der Implementierung notwendig werdende Qualifizierung der eigenen Mitarbeiter (Modul Schulung).

2.3.1 Modul Beratung

Gefördert werden externe Dienstleistungen. Der Durchführungszeitraum eines Projekts soll sechs Monate nicht überschreiten.

Nicht gefördert werden grundsätzlich Ausgaben für Berater mit gesellschaftsrechtlicher Beteiligung am antragstellenden Unternehmen. Abweichungen unterliegen dem fachaufsichtlichen Weisungsrecht.

2.3.2 Modul Implementierung

Gefördert werden Aufwendungen des Unternehmens zur konkreten Umsetzung von Digitalisierungsprozessen einschließlich der hierfür erforderlichen Hard- und Software, die im Ergebnis zu neuen oder wesentlich verbesserten Methoden beziehungsweise Prozessen führen (insbesondere Reduzierung von Medienbrüchen, höherer Grad an Kundenorientierung, höherer Grad an Flexibilisierung, Einbezug von Zulieferern beziehungsweise Kunden in die digitale Wertschöpfungskette, Beschleunigung der Prozesse, Ergänzung Produktportfolio, Entwicklung neuer Geschäftsmodelle, Online-Marketing und -Vertrieb, IT-Sicherheit).

Nicht gefördert werden turnusmäßige Erneuerungen von Standardsoft- und -hardware. Ausgaben für Berater mit gesellschaftsrechtlicher Beteiligung am antragstellenden Unternehmen werden grundsätzlich nicht gefördert.

Der Durchführungszeitraum eines Projekts soll 36 Monate nicht überschreiten.

Bei Förderung des Moduls Beratung ist die Förderung des Moduls Implementierung grundsätzlich erst nach Abschluss der geförderten Beratungsleistung möglich.

2.3.3 Modul Schulung

Der Durchführungszeitraum eines Projekts soll grundsätzlich sechs Monate nicht überschreiten. Eine Förderung kann jedoch auch prozessbegleitend (im Rahmen der Implementierung) oder separat (nach Abschluss der Implementierung) gewährt werden. Bei prozessbegleitenden Schulungsmaßnahmen sind Durchführungszeiträume bis zu 36 Monaten möglich.

- 2.4 Der BIG-EU kann einmalig zur Inanspruchnahme einer Beratungsleistung eingesetzt werden und soll im Ergebnis die Einreichung eines Projektvorschlags oder Antrags bei einer FuEuI-relevanten EU-Fördermaßnahme für Verbundprojekte beinhalten. Die Gewährung eines zweiten BIG-EU ist nur zulässig, wenn der Zuwendungsempfänger die Federführung („Leadpartner“) übernimmt.

Nicht gefördert werden grundsätzlich Ausgaben für Berater mit gesellschaftsrechtlicher Beteiligung am antragstellenden Unternehmen.

Der Durchführungszeitraum eines mit dem BIG-EU geförderten Projekts soll zwölf Monate nicht überschreiten.

3 Zuwendungsempfänger

Zuwendungsempfänger sind KMU gemäß geltender EU-Definition mit Sitz oder mindestens einer organisatorisch eigenständigen Betriebsstätte im Land Brandenburg, die nach dem aktuellen Koordinierungsrahmen der GRW den Primäreffekt⁴ erfüllen und förderfähige Tätigkeiten ausüben.

Von der Förderung ausgeschlossen sind Unternehmen im nicht GRW-förderfähigen Gewerbe. Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht nachgekommen sind, dürfen keine Einzelbeihilfen gewährt werden.

4 Zuwendungsvoraussetzungen

Projekte können nur gefördert werden, wenn

- sie nicht vor Antragstellung begonnen wurden beziehungsweise noch keine Vorverträge bestehen,

⁴ Anhang 8 Positivliste zu Ziffer 2.1.1 Teil II A des gemeinsamen GRW-Koordinierungsrahmens

- die Ergebnisse der brandenburgischen Betriebsstätte des antragstellenden Unternehmens zugutekommen.

5 Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

5.1 Art und Umfang der Zuwendung

Die Zuwendung wird zweckgebunden in Form einer Projektförderung als Zuschuss für

- den Kleinen BIG-Transfer zur Vollfinanzierung (100 Prozent)
- den Großen BIG-Transfer, den BIG-FuE, den BIG-Digital (Module Beratung, Implementierung und Schulung) sowie den BIG-EU zur Anteilfinanzierung bis zu 50 Prozent

gewährt.

5.2 Höhe der Zuwendung

- Kleiner BIG-Transfer

Die Förderhöchstsumme beträgt 5 000 Euro.

Er ist nur einmalig und nur bei erster forschungs- und entwicklungsbezogener Kontaktaufnahme zwischen dem Unternehmen und einer Forschungseinrichtung nutzbar.

- Großer BIG-Transfer

Die Förderhöchstsumme beträgt 15 000 Euro.

Er kann mehrmals, aber höchstens einmal innerhalb von zwölf Monaten, bewilligt werden.

- BIG-FuE

Die Förderhöchstsumme beträgt 100 000 Euro.

Der FuE-Gutschein kann grundsätzlich **nach** Verwertung der Ergebnisse aus zuvor geförderten Projekten wiederholt beantragt werden.

- BIG-Digital

Die Förderhöchstsumme beträgt für das Modul

- Beratung 50 000 Euro
- Implementierung 500 000 Euro
- Schulung 50 000 Euro.

- BIG-EU

Die Förderhöchstsumme beträgt im Fall der Federführung („Leadpartner“) bei einem EU-Antrag eines Konsortiums 16 000 Euro, anderenfalls 8 000 Euro.

5.3 Förderfähige Ausgaben

Folgende Projektausgaben sind förderfähig (bei Unternehmen, die zum Vorsteuerabzug nach § 15 des Umsatzsteuergesetzes berechtigt sind, ohne die darauf entfallende Umsatzsteuer):

Bei dem BIG-Transfer und BIG-EU ist nur der jeweilige Rechnungsbetrag der auf Basis eines entsprechenden Angebotes und Auftrages erbrachten Leistung der Forschungs- beziehungsweise Dienstleistungseinrichtung förderfähig.

Im Falle des BIG-EU ist durch das Unternehmen ein fachlich qualifizierter externer Dienstleister als Berater zu benennen. Als Nachweis für die Eignung des benannten Dienstleisters sollen durch diesen bereits erfolgreich begleitete Projektanträge bei vergleichbaren EU-Fördermaßnahmen dargestellt werden.

Bei dem BIG-FuE sind die Projektausgaben der Unternehmen für eigenes Personal⁵, FuE-Fremdleistungen und sonstige projektbezogene Ausgaben förderfähig. Aus Vereinfachungsgründen werden alle sonstigen projektbezogenen Ausgaben durch Berücksichtigung einer Pauschale in Höhe von 60 Prozent der förderfähigen Personalausgaben abgegolten.

Bei dem BIG-Digital sind förderfähig bei dem Modul

- Beratung:

Ausgaben für externe Beratungsdienstleistungen durch Unternehmen oder Forschungseinrichtungen.

- Implementierung:

Projektbezogene Ausgaben für eigenes Personal⁵ und Lieferungen und Leistungen Dritter. Die projektbezogenen Personalnebenkosten und indirekte Ausgaben werden in Höhe einer Pauschale von 45 Prozent der förderfähigen Personalausgaben berücksichtigt. Die Summe der Ausgaben für Instrumente, technische Ausrüstungen (einschließlich Installationsleistungen) sowie immaterielle Wirtschaftsgüter soll 50 Prozent der gesamten förderfähigen Projektausgaben nicht überschreiten.

- Schulung:

Ausgaben für notwendige externe Schulungsdienstleistungen zur Schulung eigener Mitarbeiter im Zusammenhang mit der Implementierung von Digitalisierungsmaßnahmen.

⁵ Vereinfachtes Abrechnungsverfahren auf Basis des Arbeitnehmerbruttogehaltes (ohne Berücksichtigung von Sonderzulagen, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksamen Leistungen und Ähnlichem).

Wenn die Einnahmen des Unternehmens innerhalb eines Planungszeitraums von drei Jahren im Jahresdurchschnitt regelmäßig zu mehr als 50 Prozent aus öffentlichen Zuschussförderungen resultieren, so gilt in diesen Fällen das Besserstellungsverbot nach Nummer 1.3 der Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P).

6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen

- 6.1 Mit Einreichen des Antrages berechtigt der Antragsteller die durchführenden Stellen, alle Daten auf Datenträger zu speichern und für Zwecke der Statistik und der Erfolgskontrolle über die Wirksamkeit des Förderprogramms auszuwerten sowie die Auswertungsergebnisse unter Berücksichtigung der datenschutzrechtlichen Regelungen zu veröffentlichen. Er erklärt sich ferner zur Auskunft über Angaben bereit, die von der ILB für die Erfolgskontrolle des Förderprogramms zu erfassen sind.
- 6.2 Im Rahmen von Nummer 5 ANBest-P besteht für den Zuwendungsempfänger eine besondere Mitteilungspflicht über Veränderungen gegenüber den Daten des Antrages, die zum Beispiel die Eigentums- und Einflussverhältnisse und den Stand- beziehungsweise Projektdurchführungsort betreffen. Sofern sich die Zuwendungsvoraussetzungen wesentlich geändert haben, kann dies eine Verringerung beziehungsweise einen Widerruf der Zuwendung zur Folge haben.
- 6.3 Alle Dokumente, für die kein gesetzliches Schriftformersfordernis vorliegt, können auch auf elektronischem Weg übermittelt werden, soweit sie von der Bewilligungsbehörde dafür freigegeben sind.
- 6.4 Die Vorschriften der Nummer 3 ANBest-P - Vergabe von Aufträgen - finden keine Anwendung.
- 6.5 Die Ergebnisse der Projektförderung sind über den Zeitraum von fünf Jahren nach Vorhabenende in einer Betriebsstätte des Zuwendungsempfängers im Land Brandenburg zu verwerten (gilt für BIG-FuE).
- 6.6 Der Hauptsitz oder eine Betriebsstätte des Unternehmens müssen für mindestens fünf Jahre nach Abschluss der Maßnahme im Land Brandenburg verbleiben und betrieben werden (gilt für BIG-Digital und BIG-FuE).
- 6.7 Die geförderten Wirtschaftsgüter müssen mindestens fünf Jahre im geförderten Unternehmen verbleiben, es sei denn, sie werden durch gleich- oder höherwertige Güter ersetzt (gilt für BIG-Digital).
- 6.8 Bei Projekten mit übergeordnetem Landesinteresse können im Einzelfall mit Zustimmung des für Wirtschaft zuständigen Ministeriums die Möglichkeiten des GRW-Koordinierungsrahmens in Verbindung mit der AGVO hinsichtlich Zuwendungsempfänger sowie Art, Umfang und Höhe ausgeschöpft werden.

7 Verfahren

7.1 Antragsverfahren

Vor Einreichung des Antrages bei der ILB werden die Antragsteller über die Besonderheiten der Förderverfahren, die Fördervoraussetzungen (insbesondere GRW-Förderfähigkeit, KMU-Kriterien) sowie die Antragsunterlagen im Rahmen eines Gesprächs bei der Wirtschaftsförderung Land Brandenburg GmbH (WFBB), Babelsberger Straße 21, 14473 Potsdam, beraten.

Die vollständigen Antragsunterlagen sind **nach** Bestätigung der fachlichen Beratung durch die WFBB zu richten an:

Investitionsbank des Landes Brandenburg
Babelsberger Straße 21
14473 Potsdam.

Die Antragsformulare sind im Internet unter www.ilb.de zu beziehen.

Unvollständige Anträge, die trotz Aufforderung nicht innerhalb der von der ILB gesetzten Fristen vervollständigt werden, sind abzulehnen.

7.2 Bewilligungsverfahren

Über den Antrag entscheidet die ILB (Bewilligungsbehörde) auf der Grundlage der eingereichten Unterlagen und der fachlichen Stellungnahme der WFBB.

7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

7.3.1 Die Auszahlung erfolgt grundsätzlich erst nach Vorlage eines Mittelabrufes über die gesamte Zuwendung und des Verwendungsnachweises.

7.3.2 Bei dem BIG-Transfer erfolgt nach Vorlage

- der (vom Zuwendungsempfänger als angenommen anerkannten) Projektdokumentation,
- der Rechnung der Forschungseinrichtung (Kopie) und
- im Falle eines erforderlichen Eigenanteils des Belegs (Kontoauszug) über die entsprechend geleistete Zahlung

bei der ILB eine Plausibilitätsprüfung der Zweckerfüllung. Dies entspricht gleichzeitig der Verwendungsnachweisprüfung. Der Zuschuss wird bei positivem Ergebnis dem Zuwendungsempfänger beziehungsweise direkt dem Auftragnehmer (Forschungseinrichtung) per Überweisung ausgezahlt.

7.3.3 Bei Beantragung von Zuwendungen über 50 000 Euro besteht die Wahlmöglichkeit, bei Nachweis der gesicherten Gesamtfinanzierung einschließlich der Vorlage betriebswirtschaftlicher Unterlagen eine halbjährliche Aus-

zahlung der bewilligten Mittel im Durchführungszeitraum zu beantragen, was regelmäßig längere Bearbeitungszeiten zur Folge hat. Bei Mittelabrufen innerhalb des Durchführungszeitraums ist in jedem Fall ein zahlenmäßiger Nachweis und ein Sachbericht über die bisherige Verwendung der Mittel beizufügen.

7.4 Verwendungsnachweisverfahren

Die mit Zahlungsabrufen während des Durchführungszeitraums gemäß Nummer 7.3 eingereichten Unterlagen werden als die ansonsten erforderlichen jährlichen Zwischennachweise gemäß Nummer 6.1 Satz 2 ANBest-P anerkannt.

7.5 Zu beachtende Vorschriften

Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gelten die Verwaltungsvorschriften zu § 44 LHO, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

7.6 Gemäß dem Brandenburgischen Subventionsgesetz vom 11. November 1996 (GVBl. I S. 306) gelten für Leistungen nach Landesrecht, die Subventionen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) sind, die §§ 2 bis 6 des Subventionsgesetzes vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034, 2037).

Die Bewilligungsbehörde hat gegenüber den Antragstellern in geeigneter Weise deutlich zu machen, dass es sich bei den Zuwendungen in der gewerblichen Wirtschaft um Subventionen im Sinne von § 264 StGB handelt. Die subventionserheblichen Tatsachen im Sinne des § 264 StGB werden dem Zuwendungsempfänger im Rahmen des Antrags- und Bewilligungsverfahrens als subventionserheblich bezeichnet.

8 Inkrafttreten

8.1 Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt für Brandenburg in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2020.

Gleichzeitig tritt die Richtlinie des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg für das Programm „Brandenburgischer Innovationsgutschein (BIG)“ zur Förderung von Innovationsprojekten von kleinen und mittleren Unternehmen inklusive Handwerksbetrieben vom 19. Januar 2015 (ABl. S. 87) außer Kraft.

8.2 Förderanträge, die vor Inkrafttreten dieser Richtlinie eingereicht, aber noch nicht entschieden wurden, werden nach dieser Richtlinie behandelt.

Dritte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Untere Havel - Brandenburger Havel“

Bekanntmachung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
Vom 4. April 2017

Aufgrund des § 59 Absatz 2 des Wasserverbandsgesetzes vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578), hat das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft als Verbandsaufsichtsbehörde am 23. März 2017 (Gesch.Z.: 6-0448/23+16#78909/2017) die nachfolgende Dritte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Untere Havel - Brandenburger Havel“ angeordnet.

Die Dritte Änderung der Neufassung der Verbandssatzung tritt am 1. Juni 2017 in Kraft.

Potsdam, den 4. April 2017

Im Auftrag

Axel Loger
Referatsleiter

Dritte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Untere Havel - Brandenburger Havel“

Aufgrund des § 59 Absatz 2 Satz 1 des Wasserverbandsgesetzes ordnet das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft an:

Artikel 1

Änderung der Neufassung der Satzung

Die Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Untere Havel - Brandenburger Havel“ vom 22. April 2009 (ABl. S. 1258), zuletzt geändert am 7. Januar 2015 (ABl. S. 117), wird wie folgt geändert:

In § 2 Satz 1 wird im ersten Anstrich das Wort „Riewendseengebiet“ durch das Wort „Beetzseengebiet“ und im vierten Anstrich das Wort „Riewendseengebietes“ durch das Wort „Beetzseengebietes“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Die Dritte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Untere Havel - Brandenburger Havel“ tritt am 1. Juni 2017 in Kraft.

Ausgefertigt:
Potsdam, den 4. April 2017

Ministerium für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Landwirtschaft

Im Auftrag

Axel Loger
Referatsleiter

Fünfte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Rhin-/Havelluch“

Bekanntmachung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
Vom 30. März 2017

Auf Grund des § 59 Absatz 2 des Wasserverbandsgesetzes (WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578), hat das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft als Verbandsaufsichtsbehörde am 23. März 2017 (Gesch.Z.: 6-0448/16+11#67688/2017) die nachfolgende Fünfte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Rhin-/Havelluch“ angeordnet.

Die Fünfte Änderung der Neufassung der Verbandssatzung tritt am 1. Juni 2017 in Kraft.

Potsdam, den 30. März 2017

Im Auftrag

Axel Loger
Referatsleiter

Fünfte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Rhin-/Havelluch“

Auf Grund des § 59 Absatz 2 Satz 1 des Wasserverbandsgesetzes (WVG) ordnet das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft an:

Artikel 1

Änderung der Neufassung der Satzung

Die Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Rhin-/Havelluch“ vom 17. Juli 2012 (ABl. S. 1428), zuletzt geändert am 3. Juni 2014 (ABl. S. 1259), wird wie folgt geändert:

In § 2 Satz 1 zweiter Anstrich werden die Wörter „Hasselfelder Rhins“ durch die Wörter „Altlaufs Rhin“ ersetzt.

Artikel 2

Inkrafttreten

Die Fünfte Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Rhin-/Havelluch“ tritt am 1. Juni 2017 in Kraft.

Ausgefertigt:
Potsdam, den 30. März 2017

Ministerium für Ländliche Entwicklung,
Umwelt und Landwirtschaft

Im Auftrag

Axel Loger
Referatsleiter

Zweite Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Schnelle Havel“

Bekanntmachung des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft
Vom 12. April 2017

Auf Grund des § 58 Absatz 2 des Wasserverbandsgesetzes (WVG) vom 12. Februar 1991 (BGBl. I S. 405), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Mai 2002 (BGBl. I S. 1578), hat das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft als Verbandsaufsichtsbehörde am 21. März 2017 die nachfolgende Zweite Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Schnelle Havel“, die in der Verbandsversammlung am 10. März 2017 beschlossen wurde, genehmigt (Gesch.-Z.: 6-0448/18+8#67905/2017).

Die Zweite Änderung der Neufassung der Satzung tritt am Tag nach der öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Potsdam, den 12. April 2017

Im Auftrag

Axel Loger
Referatsleiter

**Zweite Änderung der Neufassung der Satzung
des Wasser- und Bodenverbandes „Schnelle Havel“**

Artikel 1

Änderung der Neufassung der Satzung

Die Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes „Schnelle Havel“ vom 14. Mai 2012 (ABl. S. 1316), zuletzt geändert durch die Erste Änderung der Neufassung der Satzung des Wasser- und Bodenverbandes „Schnelle Havel“ vom 7. März 2014 (ABl. S. 465), wird wie folgt geändert:

1. In § 15 Absatz 2 Buchstabe h) werden hinter dem Wort „Euro“ ein Komma und folgende Wörter eingefügt:
„soweit es sich nicht um Einstellungen von Dienstkräften gemäß § 18 Absatz 5 Satz 2 handelt“
2. In § 17 Absatz 2 wird folgender Satz 2 angefügt:
„Die Vertretungsbefugnis umfasst auch Einstellungen und Entlassungen von Dienstkräften gemäß § 18 Absatz 5 Satz 2.“
3. § 18 Absatz 5 wird wie folgt gefasst:
„Der Geschäftsführer ist Dienstvorgesetzter aller Dienstkräfte des Verbandes. Er kann Dienstkräfte im Rahmen des Stellenplans einstellen und entlassen. Vor einer Einstellung oder Entlassung hat er den Vorstand hierüber zu unterrichten. Über den Stellenplan beschließt die Verbandsversammlung im Rahmen des Haushaltsplanes.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Die Zweite Änderung der Neufassung der Verbandssatzung des Wasser- und Bodenverbandes „Schnelle Havel“ tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Ausgefertigt:
Liebenwalde, den 28.3.2017

Bodo Klein
Verbandsvorsteher

**Feststellung des Unterbleibens
einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
für das Vorhaben wesentliche Änderung
einer Biogasanlage in 03149 Forst (Lausitz)**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 9. Mai 2017

Die Firma Biogas Forst GmbH & Co. KG, Döberner Straße 24 in 03149 Forst beantragt die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), auf den Grundstücken in der Gemarkung Forst, Flur 37, Flurstücke 65, 73, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 334, 335, 373, 375, 377, 378, 380, 383, 384, 385, 387, 389, 390, 392, 394 und 396 eine Biogasanlage wesentlich zu ändern.

Es handelt sich dabei um eine Anlage der Nummer 8.6.3.1G des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie um ein Vorhaben nach Nummer 8.4.2.1 A der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Nach § 3c UVPG war für das beantragte Vorhaben eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen.

Die Feststellung erfolgte nach Beginn des Genehmigungsverfahrens auf der Grundlage der vom Vorhabenträger vorgelegten Unterlagen sowie eigener Informationen.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. Januar 2017 (BGBl. I S. 42)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Genehmigungsverfahrensstelle Süd

**Feststellung des Unterbleibens
einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
für das Vorhaben wesentliche Änderung und Betrieb
einer Biogasanlage in 14641 Nauen OT Ribbeck**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 9. Mai 2017

Die Firma kaim agrar-energie GmbH & Co. KG, Behnitzer Weg 4c in 14641 Nauen OT Ribbeck beantragt die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), auf dem Grundstück Alte Hamburger 25 in 14614 Nauen OT Ribbeck, in der Gemarkung Ribbeck, Flur 1, Flurstück 34, 35, 224 eine Biogasanlage wesentlich zu ändern und zu betreiben.

Es handelt sich dabei um eine Anlage der Nummern 8.6.3.2V und 1.2.2.2V des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie um ein Vorhaben nach Nummer 1.2.2.2 der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Nach § 3c UVPG war für das beantragte Vorhaben eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen.

Die Feststellung erfolgte nach Beginn des Genehmigungsverfahrens auf der Grundlage der vom Vorhabensträger vorgelegten Unterlagen sowie eigener Informationen.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. Januar 2017 (BGBl. I S. 42)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Genehmigungsverfahrensstelle West

**Genehmigung für die Errichtung und
den Betrieb einer Windkraftanlage in
04895 Mühlberg/Elbe OT Brottowitz**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 9. Mai 2017

Der Firma UKA Cottbus Projektentwicklung GmbH & Co. KG, Heinrich-Hertz-Straße 6 in 03044 Cottbus wurde die Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) für eine Windkraftanlage in 04895 Mühlberg/Elbe OT Brottowitz in der Gemarkung Brottowitz, Flur 2, Flurstücke 36, 238, 239 und 240 erteilt. Die Genehmigung beinhaltet die Errichtung und den Betrieb der Windkraftanlage vom Typ VESTAS V117. Die Anlage hat eine Nabenhöhe von 141,50 m und eine Gesamthöhe von 200 m zzgl. 1,50 m Fundamenterhöhung. Der Mast des Anlagentyps ist ein geschlossener, konischer Stahlrohrturm. Die Trafostation ist im Turm integriert. Die elektrische Leistung beträgt 3,45 MW.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schließt die

- Baugenehmigung mit Zulassung der Abweichung zur Reduzierung der Abstandsfläche und
- naturschutzrechtliche Eingriffszulassung

ein. Sie wurde unter den im Genehmigungsbescheid aufgeführten Nebenbestimmungen erteilt.

Die sofortige Vollziehung der Genehmigung wurde angeordnet.

Auslegung

Der Genehmigungsbescheid nach BImSchG liegt mit einer Ausfertigung der genehmigten Antragsunterlagen in der Zeit **vom 11.05.2017 bis einschließlich 24.05.2017** im Landesamt für Umwelt, Genehmigungsverfahrensstelle Süd, Von-Schön-Straße 7 in 03050 Cottbus, Zimmer 4.27 aus und kann dort während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden. Um telefonische Anmeldung wird nach Möglichkeit gebeten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden. Ein schriftlicher Widerspruch ist an das Landesamt für Umwelt, Postfach 60 10 61 in 14410 Potsdam zu richten. Zur Niederschrift kann der Widerspruch beim Landesamt für Umwelt, Seeburger Chaussee 2 in 14476 Potsdam OT Groß Glienicke eingelegt werden.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. Januar 2017 (BGBl. I S. 42)

Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 57 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Genehmigungsverfahrensstelle Süd

**Feststellung des Unterbleibens
einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)
für das Vorhaben wesentliche Änderung
einer Biogasanlage in 15837 Baruth/Mark**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 9. Mai 2017

Die Firma Ökostrom Dresden GmbH, Luckenwalder Straße 62 in 15837 Baruth/Mark beantragt die Genehmigung nach § 16 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), auf den Grundstücken in der Gemarkung Paplitz, Flur 3, Flurstücke 636, 638, 641, 644, 647 und 650 eine Biogasanlage durch die Errichtung und den Betrieb eines zweiten BHKW auf dem Grundstück in der Gemarkung Baruth, Flur 6, Flurstück 395 wesentlich zu ändern.

Es handelt sich dabei um Anlagen der Nummern 8.6.3.2V sowie 1.2.2.2V des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BImSchV) sowie um ein Vorhaben nach Nummer 8.4.2.1 A und 1.2.2.2 S der Anlage 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG).

Nach § 3c UVPG war für das beantragte Vorhaben eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls durchzuführen.

Die Feststellung erfolgte nach Beginn des Genehmigungsverfahrens auf der Grundlage der vom Vorhabenträger vorgelegten Unterlagen sowie eigener Informationen.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Diese Feststellung ist nicht selbstständig anfechtbar.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. Januar 2017 (BGBl. I S. 42)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Genehmigungsverfahrensstelle Süd

**Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb von
einer Windkraftanlage in 17291 Nordwestuckermark**

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 9. Mai 2017

Der Firma eno energy GmbH, Straße am Zeltplatz 7 in 18230 Ostseebad Rerik wurde die Genehmigung nach § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erteilt, auf dem Grundstück in 17291 Nordwestuckermark, Gemarkung Gollnitz, Flur 2, Flurstück 294 eine Windkraftanlage zu errichten und zu betreiben. (Az.: G09716)

Die Genehmigung umfasst die Errichtung und den Betrieb von einer Windkraftanlage des Typs eno 126-3.5 mit einem Rotor-durchmesser von 126 m, einer Nabenhöhe von 137 m, einer Gesamthöhe von 200 m und einer elektrischen Leistung von 3,5 MW. Zu der Windkraftanlage gehören Kranstellfläche und Zuwegung.

Diese Genehmigung schließt andere, die Anlage betreffende behördliche Entscheidungen nach § 13 BImSchG mit ein. Dabei handelt es sich insbesondere um:

- die Baugenehmigung nach § 72 Absatz 1 Satz 1 der Brandenburgischen Bauordnung (BbgBO) für eine Anlage auf dem Flurstück 294 mit der Zulassung der beantragten Abweichung (Reduzierung der Abstandsflächentiefe von 122,83 m auf 63,16 m) gemäß § 67 Absatz 1 BbgBO von der Vorschrift des § 6 BbgBO.

Die sofortige Vollziehung dieses Bescheides wurde angeordnet.

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung wurde unter den im Genehmigungsbescheid aufgeführten Nebenbestimmungen erteilt.

Auslegung

Die Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz liegt mit einer Ausfertigung der genehmigten Antragsunterlagen in der Zeit **vom 11.05.2017 bis einschließlich 24.05.2017** im Landesamt für Umwelt, Genehmigungsverfahrensstelle Ost, Müllroser Chaussee 50, Zimmer 103 in 15236 Frankfurt (Oder) aus und kann dort während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden:

Um telefonische Anmeldung unter 0335 5603182 wird nach Möglichkeit gebeten.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden.

Ein schriftlicher Widerspruch ist an das Landesamt für Umwelt, Postfach 60 10 61 in 14410 Potsdam zu richten. Zur Niederschrift kann der Widerspruch beim Landesamt für Umwelt, Groß Glienicke, Seeburger Chaussee 2 in 14476 Potsdam eingelegt werden.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. Januar 2017 (BGBl. I S. 42)

Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 57 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz I
Genehmigungsverfahrensstelle Ost

Errichtung und Betrieb von vier Windkraftanlagen in 14913 Niedergörsdorf OT Schönefeld und OT Wergzahna

Bekanntmachung des Landesamtes für Umwelt
Vom 9. Mai 2017

Die Firma Energiequelle GmbH, Hauptstraße 44 in 15806 Zossen OT Kallinchen, beantragt die Genehmigung gemäß § 4 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG), auf den Grundstücken in der Gemarkung Schönefeld, Flur 1, Flurstücke 12/1, 20/1 und 28/1 drei Windkraftanlagen sowie in der Gemarkung Wergzahna, Flur 1, Flurstück 31 eine Windkraftanlage zu errichten und zu betreiben.

Für das Vorhaben ist die Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung vorgesehen.

Das Vorhaben umfasst im Wesentlichen die Errichtung und den Betrieb von vier baugleichen Windkraftanlagen des Typs Enercon E-141 EP4 mit einem Rotordurchmesser von 141,0 m und einer Nabenhöhe von 129,05 m (Gesamthöhe 199,55 m). Die Leistung soll 4,2 MW_{el} je Anlage betragen.

Die Inbetriebnahme der Anlagen ist im Dezember 2018 vorgesehen.

Auslegung

Der Genehmigungsantrag sowie die dazugehörigen Unterlagen werden einen Monat **vom 17.05.2017 bis einschließlich 16.06.2017** im Landesamt für Umwelt, Genehmigungsverfahrensstelle Süd, Von-Schön-Straße 7 in 03050 Cottbus, Zimmer 4.27, in der Gemeinde Niedergörsdorf, Bauamt, Dorfstraße 14 f in 14913 Niedergörsdorf und in der Stadt Treuenbrietzen, Bauverwaltung, Großstraße 105 in 14929 Treuenbrietzen ausgelegt und können dort während der Dienststunden eingesehen werden.

Die ausgelegten Unterlagen enthalten auch die Untersuchungen zur Prüfung der Umweltverträglichkeit, insbesondere Angaben zu Schall und Schattenwurf, Auswirkungen auf die Fauna (Vögel, Fledermäuse, Amphibien und Reptilien), FFH-/SPA-Gebiete, Biotope, Boden und Wasser. Weiterhin sind eine naturschutzfachliche Eingriffs-/Ausgleichsplanung und eine Visualisierung beigefügt.

Einwendungen

Einwendungen gegen das Vorhaben können während der **Einwendungsfrist vom 17.05.2017 bis einschließlich 30.06.2017** schriftlich beim Landesamt für Umwelt, Genehmigungsverfahrensstelle Süd, Postfach 60 10 61 in 14410 Potsdam OT Groß Glienicke oder bei der Gemeinde Niedergörsdorf, Bauamt, Dorfstraße 14 f in 14913 Niedergörsdorf oder in der Stadt Treuenbrietzen, Bauverwaltung, Großstraße 105 in 14929 Treuenbrietzen erhoben werden. Mit Ablauf dieser Frist sind bis zur Entscheidung über den Genehmigungsantrag alle Einwendungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen.

Erörterungstermin

Die form- und fristgerechten Einwendungen werden in einem **Erörterungstermin am 16.08.2017 um 10:00 Uhr im Kulturzentrum „DAS HAUS“, Kastanienallee 21 in 14913 Niedergörsdorf OT Altes Lager** erörtert. Kann die Erörterung an diesem Tag nicht abgeschlossen werden, wird der Erörterungstermin an den folgenden Werktagen fortgesetzt. Es wird darauf hingewiesen, dass die formgerecht und fristgerecht erhobenen Einwendungen auch bei Ausbleiben des Antragstellers oder von Personen, die Einwendungen erhoben haben, erörtert werden. Gehen keine form- und fristgerechten Einwendungen ein, entfällt der Erörterungstermin.

Hinweise

Die Einwendungen sind dem Antragsteller sowie den Fachbehörden, deren Aufgabenbereich berührt wird, bekannt zu geben. Auf Verlangen des Einwenders sollen dessen Name und Anschrift vor der Bekanntgabe unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Genehmigungsverfahrens nicht erforderlich sind. Die Zustellung der Entscheidung über die Einwendungen kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden.

Rechtsgrundlagen

Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274), zuletzt geändert durch Artikel 55 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

Vierte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen - 4. BImSchV) vom 2. Mai 2013 (BGBl. I S. 973, 3756), zuletzt geändert durch Artikel 1 der Verordnung vom 9. Januar 2017 (BGBl. I S. 42)

Neunte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über das Genehmigungsverfahren - 9. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. Mai 1992 (BGBl. I S. 1001), zuletzt geändert durch Artikel 57 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749)

Landesamt für Umwelt
Abteilung Technischer Umweltschutz 1
Genehmigungsverfahrensstelle Süd

Feststellung des Unterbleibens einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) für das Vorhaben „Sanierung FGL 214, Abschnitt Bobbau-Buchholz-Kallinchen, Leistungsumfang 2017, ONTRAS Vorhaben-Nr.: ON 16139“

Bekanntmachung des Landesamtes für Bergbau,
Geologie und Rohstoffe
Vom 24. April 2017

Das IbW Ingenieurbüro Weishaupt plant im Auftrag der ONTRAS Gastransport GmbH (ONTRAS Vorhaben-Nr.: ON 16139) Sanierungsmaßnahmen an der Ferngasleitung FGL 214, DN 800 MOP 63 / DP 63. Nach Auswertung einer Zustandsanalyse mittels intelligenter Molchung und Intensivmessung an der FGL 214 werden Sanierungsmaßnahmen notwendig. Die vorgelegte Planung der Maßnahme MN 1 beinhaltet eine ca. 35 m lange Mantelrohrsanie rung an der Straßenkreuzung L 82 (Zeuden nach Marzahna), in der Gemarkung Marzahna (Stadt Treuenbrietzen).

Auf Antrag des IbW führte das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe eine standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c Satz 2 UVPG in Verbindung mit Nummer 19.2.4 der Anlage 1 UVPG durch.

Im Ergebnis dieser Vorprüfung wurde festgestellt, dass für das oben genannte Vorhaben keine UVP-Pflicht besteht.

Die Feststellung erfolgte auf der Grundlage der vom Vorhabenträger vorgelegten Unterlagen.

Diese Entscheidung ist nicht selbstständig anfechtbar. Die Begründung dieser Entscheidung und die zugrunde liegenden Antragsunterlagen einschließlich Kartenmaterial können nach vorheriger telefonischer Anmeldung (0355 48640-322) während der Dienstzeiten im Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe, Dezernat 32, Inselstraße 26, 03046 Cottbus, eingesehen werden.

Rechtsgrundlagen:

Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Februar 2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. November 2016 (BGBl. I S. 2749)

Energiewirtschaftsgesetz vom 7. Juli 2005 (BGBl. I S. 1970, 3621), zuletzt geändert durch Artikel 117 des Gesetzes vom 29. März 2017 (BGBl. I S. 626)

BEKANNTMACHUNGEN DER LANDESBETRIEBE

Widmung der Landesstraße 711n und Ankündigung der Umstufung der L 711 im Bereich Golßen - Altgolßen auf Grund der Bahnübergangsbeseitigungsmaßnahme

Bekanntmachung
des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg,
Dienststätte Wündorf
Vom 10. April 2017

1 Widmung

L 711n

Die Bahnübergangsbeseitigungsmaßnahme beinhaltet den Neubau der L 711 (L 711n). Mit dem Neubau erfolgt der Netzschluss von der bisherigen L 711 an die nördlich verlaufende B 96/B 115.

Entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss des Eisenbahn-Bundesamtes gemäß § 18 des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) für das Vorhaben PA 4.2, Bf. Golßen (e) - Bf. Uckro (a) Strecke 6135 Berlin Südkreuz - Elsterwerda ist die L 711n gemäß § 6 Absatz 6 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl. I S. 358), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32) geändert worden ist, mit der Überlassung für den öffentlichen Verkehr gewidmet. Der neu gebaute Teil der L 711 mit einer Länge von 1,920 km erhält die Eigenschaften einer Landesstraße. Die Verkehrsfreigabe erfolgt voraussichtlich im Juli 2017.

Künftiger Straßenbaulastträger ist das Land Brandenburg.

Die Widmung ist mit Verkehrsfreigabe wirksam.

2 Ankündigung der Abstufung

L 711

Durch die Schließung des Bahnüberganges Altgolßen hat die L 711 künftig nicht mehr die Verkehrsbedeutung einer Landesstraße und ist entsprechend § 3 und § 7 des Brandenburgischen Straßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl. I S. 358), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32) geändert worden ist, abzustufen.

Es ist beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. Januar 2018 die nachfolgenden Abschnitte der L 711 abzustufen.

Der Abschnitt 080 der L 711 von NK 4047 004 nach NK 4044 7025 mit einer Länge von 0,294 km einschließlich der Nebenanlagen ist auf Grund der zukünftigen Ver-

kehrsbedeutung gemäß § 3 Absatz 3 BbgStrG zur Kreisstraße abzustufen.

Künftiger Straßenbaulastträger wird der Landkreis Dahme-Spreewald.

Der Abschnitt 095 der L 711 von NK 4047 025 km 0,000 bis km 1,800 mit einer Länge von 1,800 km einschließlich der Nebenanlagen ist auf Grund der zukünftigen Verkehrsbedeutung gemäß § 3 Absatz 4 BbgStrG zur Gemeindestraße abzustufen.

Künftiger Straßenbaulastträger wird die Gemeinde Golßen.

Etwaige Bedenken oder Gegenvorstellungen zu der beabsichtigten Umstufung können innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Lindenallee 51 in 15366 Hoppegarten vorgebracht werden.

Im Auftrag

Kerstin Finis-Keck
Abteilungsleiterin Verkehr

Widmung der L 67n und Ankündigung der Umstufung der Landesstraße 67 im Zusammenhang mit der Verlegung der Ortsdurchfahrt der L 67 Mühlberg

Bekanntmachung
des Landesbetriebes Straßenwesen Brandenburg,
Dienststätte Cottbus
Vom 7. April 2017

1 Widmung

Entsprechend Planfeststellungsbeschluss Nr.: 40.17 7173/67.1 vom 5. August 2011 für die Verlegung der Ortsdurchfahrt der L 67 Mühlberg wird die Widmung des neu gebauten Streckenabschnittes der Landesstraße 67, Abschnitt 045 von NK 4545 024 nach NK 4545 023 mit einer Länge von 1,79 km nach § 6 Absatz 5 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl. I S. 358), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32) geändert worden ist, als öffentliche Straße gewidmet. Dieser Bereich erhält mit Verkehrsfreigabe, voraussichtlich am 31. Mai 2017, die Eigenschaft einer öffentlichen Straße und wird der Allgemeinheit für den öffentlichen Verkehr zur Verfügung gestellt.

Die genannte Verkehrsfläche einschließlich der dazugehörigen Nebenanlagen wird in die Gruppe der Landesstraßen eingestuft und Bestandteil der Landesstraße 67.

Künftiger Straßenbaulastträger ist das Land Brandenburg.

Die Widmung ist mit Verkehrsfreigabe wirksam.

2 Ankündigung der Abstufung

Auf Grund des neu gebauten Streckenabschnittes 045 der L 67 von NK 4545 024 nach NK 4545 023, entsprechend dem Planfeststellungsbeschluss Nr. 40.17 7173/67.1 vom 5. August 2011, verändert sich mit Verkehrsfreigabe und Widmung, voraussichtlich am 31. Mai 2017, die Verkehrsbedeutung der L 67 in der Ortsdurchfahrt Mühlberg.

Die L 67 ist entsprechend § 3 und § 7 des Brandenburgischen Straßengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juli 2009 (GVBl. I S. 358), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 10. Juli 2014 (GVBl. I Nr. 32) geändert worden ist, abzustufen.

Es ist beabsichtigt, mit Wirkung vom 1. Januar 2018 die nachfolgenden Abschnitte der L 67 abzustufen.

Der Abschnitt 037 der L 67 von NK 4545 024 nach NK 4545 015 mit einer Länge von 1,117 km und der Abschnitt 040 der L 67 von NK 4545 015 nach NK 4545 023 mit einer Länge von 0,832 km einschließlich der Nebenanlagen ist auf Grund der zukünftigen Verkehrsbedeutung gemäß § 3 Absatz 4 BbgStrG zur Gemeindestraße abzustufen.

Künftiger Straßenbaulastträger wird die Gemeinde Mühlberg.

Etwaige Bedenken oder Gegenvorstellungen zu der beabsichtigten Umstufung können innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift beim Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Lindenallee 51 in 15366 Hoppegarten vorgebracht werden.

Im Auftrag

Kerstin Finis-Keck
Abteilungsleiterin Verkehr

BEKANNTMACHUNGEN DER GERICHTE

Zwangsversteigerungssachen

Für alle nachstehend veröffentlichten Zwangsversteigerungssachen gilt Folgendes:

Ist ein Recht in dem genannten Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Termin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Antragsteller bzw. Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Amtsgericht Bad Liebenwerda

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am

Dienstag, 4. Juli 2017, 13:00 Uhr

im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Bad Liebenwerda, Burgplatz 4, 04924 Bad Liebenwerda, Saal 1, die im Grundbuch von **Doberlug-Kirchhain Blatt 4306** eingetragenen Grundstücke, Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe
1	Doberlug-Kirchhain	3	155/1	Gebäude- und Freifläche, Torgauer Str. 14	5.462 m ²
4	Doberlug-Kirchhain	3	641	Landwirtschaftsfläche, Friedrich-Ludwig-Jahn-Straße	2.411 m ²

versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Flurstück 641 ist unbebaut, eine ehemalige Villa mit Speisesaal, Hotelgebäude mit Zwischenbau, Kegelhallenanbau (4 Bahnen), Nebengebäude und Garagen befinden sich auf Flurstück 155/1

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch eingetragen worden am 31.03.2008.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Absatz 5, § 85a ZVG festgesetzt auf:

Flurstück 155/1	236.900,00 EUR
Flurstück 641	52.500,00 EUR

Im Termin am 09.09.2010 ist der Zuschlag versagt worden, weil das abgegebene Meistgebot einschließlich des Kapitalwertes der nach den Versteigerungsbedingungen bestehen bleibenden Rechte die Hälfte des Grundstückswertes nicht erreicht hat. Geschäfts-Nr.: 15 K 29/08

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen am

Dienstag, 4. Juli 2017, 14:00 Uhr

im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Bad Liebenwerda, Burgplatz 4, 04924 Bad Liebenwerda, Saal 1, die im Grundbuch von **Werchau Blatt 159** eingetragenen Grundstücke, Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe
1	Werchau	4	146	Gebäude- und Freifläche, Werchau Nr. 8a	252 m ²
2	Werchau	4	31/14	Gebäude- und Freifläche, Dorfstr.	45 m ²

versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Das Flurstück 146 ist mit einer Doppelhaushälfte bebaut und Flurstück 31/14 mit einer Garage als Teil einer Reihenbebauung.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch eingetragen worden am 11.12.2015.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Absatz 5, § 85a ZVG festgesetzt auf:

Flurstück 146:	25.000,00 EUR
Flurstück 31/14:	500,00 EUR

Im Termin am 15.11.2016 ist der Zuschlag versagt worden, weil das abgegebene Meistgebot die Hälfte des Grundstückswertes nicht erreicht hat.

Geschäfts-Nr.: 15 K 59/15

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Dienstag, 4. Juli 2017, 15:30 Uhr

im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Bad Liebenwerda, Burgplatz 4, 04924 Bad Liebenwerda, Saal 1, das im Grundbuch von **Neuburxdorf Blatt 380** eingetragene Grundstück, Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe
1	Neuburxdorf	5	68/10	Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Dorfstr. 12	888 m ²

versteigert werden.

Beschreibung laut Gutachten: Wohnhaus mit Garage derzeit leerstehend

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch eingetragen worden am 11.12.2015.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Absatz 5, § 85a ZVG festgesetzt auf 29.000,00 EUR.

Im Termin am 06.09.2016 ist der Zuschlag versagt worden, weil das abgegebene Meistgebot die Hälfte des Grundstückswertes nicht erreicht hat.

Geschäfts-Nr.: 15 K 58/15

Amtsgericht Frankfurt (Oder)

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Donnerstag, 29. Juni 2017, 9:00 Uhr

im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Frankfurt (Oder), Müllroser Chaussee 55, Saal 302, das im Grundbuch von **Müllrose Blatt 2118** eingetragene Grundstück, Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Müllrose, Flur 4, Flurstück 46, Größe: 237 qm

versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 04.08.2016 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf: 85.000,00 EUR (je Anteil: 42.500,00 EUR).

Postanschrift: Frankfurter Straße 33, 15299 Müllrose

Bebauung: Einfamilienhaus

AZ: 3 K 80/16

Terminsbestimmung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 5. Juli 2017, 9:00 Uhr

im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Frankfurt (Oder), Müllroser Chaussee 55, 15236 Frankfurt (Oder), Saal 302, das im Grundbuch von **Fürstenwalde/Spree Blatt 5296** eingetragene Grundstück, Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

lfd. Nr. 2, Gemarkung Fürstenwalde, Flur 63, Flurstück 56/1, Gebäude- und Freifläche, Ernst-Thälmann-Straße 85, Größe: 1.835 m²

versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 23.05.2016 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf: 86.000,00 EUR.

Nutzung: bebaut mit einem 2 1/2-geschossigen, nicht unterkellerten Einfamilienhaus (250 m² Wohnfläche) und abbruchreifen Nebengebäuden

Postanschrift: Ernst-Thälmann-Straße 85, 15517 Fürstenwalde (Spree)

Geschäfts-Nr.: 3 K 52/16

Terminsbestimmung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 5. Juli 2017, 11:00 Uhr

im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Frankfurt (Oder), Müllroser Chaussee 55, 15236 Frankfurt (Oder), Saal 302, das im Grundbuch von **Fürstenwalde/Spree Blatt 1905** eingetragene Grundstück, Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Fürstenwalde/Spree, Flur 63, Flurstück 56/7, Erholungsfläche, Ernst-Thälmann-Str. 85, Größe: 856 m²

versteigert werden.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 24.05.2016 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Absatz 5 ZVG festgesetzt auf: 43.000,00 EUR.

Nutzung: unbebautes Grundstück

Postanschrift: Ernst-Thälmann-Straße 85, 15517 Fürstenwalde (Spree)

Geschäfts-Nr.: 3 K 55/16

Amtsgericht Luckenwalde

Zwangsversteigerung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

Mittwoch, 5. Juli 2017, 9:30 Uhr

im Gerichtsgebäude des Amtsgerichts Luckenwalde, Saal 25, Lindenallee 16, 14943 Luckenwalde das im Grundbuch von **Neuhof Blatt 130** eingetragene Grundstück, Bezeichnung gemäß Bestandsverzeichnis:

lfd. Nr. 1, Gemarkung Neuhof b. Zinna, Flur 1, Flurstück 1, Gebäude- und Freifläche, Landwirtschaftsfläche, Neuhof 69, Größe 1.216 m²

versteigert werden.

Der Verkehrswert ist auf 120.000,00 EUR festgesetzt worden.

Der Zwangsvollstreckungsvermerk ist in das Grundbuch am 11.07.2016 eingetragen worden.

Das Grundstück befindet sich in 14913 Jüterbog OT Neuhof, Neuhof 69. Es ist bebaut mit einem eingeschossigen unterkellerten Zweifamilienhaus mit einem nicht unterkellerten Anbau, Baujahr ca. 1900, Umbau 2009. Im Keller des Vorderhauses besteht Verdacht auf Befall mit Hausschwamm. Weiterhin befindet sich eine Garage mit Arbeitsgrube, Bj. ca. 2009, auf dem Grundstück.

Die Flur 1 von Neuhof ist als Bodendenkmal ausgewiesen.

Die nähere Beschreibung kann bei dem Amtsgericht Luckenwalde, Zimmer 8, vorliegenden Gutachten zu den Sprechzeiten entnommen werden.

AZ: 17 K 68/16

STELLENAUSSCHREIBUNGEN

Amt Elsterland (Landkreis Elbe-Elster)

Im Amt Elsterland (Landkreis Elbe-Elster) ist ab 1. Februar 2018 die Stelle des

Amtsleiters (m/w)

zu besetzen.

Das Amt besteht aus den Gemeinden Schönborn, Rückersdorf, Tröbitz, Schilda und Heidefeld mit etwa 4.600 Einwohnern auf einer Verwaltungsfläche von 113,93 km² und liegt im Süden des Landes Brandenburg.

Gesucht wird eine qualifizierte, engagierte, zielstrebige, verantwortungsvolle, entscheidungsfreudige Persönlichkeit mit Verhandlungsgeschick und sicherem Auftreten.

Sofern Sie die Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten auf Zeit erfüllen sowie die für das Amt erforderliche Eignung, Befähigung und Sachkunde besitzen, würden wir uns über Ihre Bewerbung freuen.

Der Amtsleiter (m/w) wird vom Amtsausschuss für die Dauer von 8 Jahren gewählt und als Beamtin/Beamter auf Zeit berufen.

Die Besoldung richtet sich nach der Einstufungsverordnung des Landes Brandenburg. Die Einstufung erfolgt in die Besoldungsgruppe A15 BBesO.

Anforderungen:

- Befähigung zum gehobenen allgemeinen Verwaltungs- oder Justizdienst oder eine den vorgenannten Befähigungsvoraussetzungen vergleichbare Qualifikation, Nachweis einer ausreichenden Erfahrung für dieses Amt (§ 138 Absatz 1 Satz 4 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg)
- mehrere Jahre Tätigkeit in einer öffentlichen Verwaltung, vorzugsweise in einer Leitungsfunktion
- Motivation und Anleitung von Mitarbeitern und Durchsetzungsvermögen als Dienstvorgesetzter und Hauptverwaltungsbeamter

- Grundeinstellung zur wirtschaftlichen, leistungsorientierten und bürgernahen Organisation und effizienten Führung der Verwaltung
- Fähigkeiten zur vertrauensvollen, von gegenseitiger Achtung geprägten Zusammenarbeit mit den Vertretungen der amtsangehörigen Gemeinden und dem Amtsausschuss
- Bereitschaft zur Übernahme von Aufgaben nach dem Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg (GKG)
- Kenntnisse der örtlichen Gegebenheiten sowie der Region werden erwartet
- gültiger PKW-Führerschein mindestens der Klasse B

Ihre schriftliche Bewerbung mit Lichtbild, tabellarischen Lebenslauf, Zeugnisabschriften, lückenlosen Nachweis der Schulbildung und des bisherigen Werdegangs sowie einem aktuellen Führungszeugnis richten Sie bitte bis zum

15. Juni 2017

an:

Amt Elsterland
Amtsausschussvorsitzender - persönlich -
Kennwort „Bewerbung Amtsleiter“
Kindergartenstraße 2 a
03253 Schönborn

Die Bewerbungsunterlagen werden den Mitgliedern des Amtsausschusses zugänglich gemacht. Bitte beachten Sie, dass mit der Bewerbung verbundene Kosten nicht erstattet werden können sowie die Rücksendung Ihrer Unterlagen nur bei Vorliegen eines ausreichend frankierten und adressierten Rückumschlags nach Abschluss des Verfahrens erfolgt.

Der Amtsinhaber stellt sich der Wiederwahl.

NICHTAMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Gläubigeraufruf

Der Verein ZNS Potsdam Regio e. V., VR-Nr. 7481 P, ist durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 28. November 2016 aufgelöst worden.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Ansprüche gegen den Verein bis zum 12. Mai 2018 bei nachstehend genannten Liquidatoren anzumelden:

Dr. med. Martin Böckmann
Berliner Str. 30 c
14979 Großbeeren

Ernst-Martin Gomann
Helene-Lange-Straße 1
14469 Potsdam

Herausgeber: Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg,

Anschrift: 14473 Potsdam, Heinrich-Mann-Allee 107, Telefon: 0331 866-0.

Der Bezugspreis beträgt jährlich 56,24 EUR (zzgl. Versandkosten + Portokosten). Die Einzelpreise enthalten keine Mehrwertsteuer. Die Einweisung kann jederzeit erfolgen.

Die Berechnung erfolgt im Namen und für Rechnung des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg.

Die Kündigung ist nur zum Ende eines Bezugsjahres zulässig; sie muss bis spätestens 3 Monate vor Ablauf des Bezugsjahres dem Verlag zugegangen sein.

Die Lieferung dieses Blattes erfolgt durch die Post. Reklamationen bei Nichtzustellung, Neu- bzw. Abbestellungen, Änderungswünsche und sonstige Anforderungen sind an die Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH zu richten.

Herstellung, Verlag und Vertrieb: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH, Golm, Karl-Liebknecht-Straße 24 - 25, Haus 2, 14476 Potsdam, Telefon 0331 5689-0

Das Amtsblatt für Brandenburg ist im Internet abrufbar unter www.landesrecht.brandenburg.de (Veröffentlichungsblätter [ab 2000]), seit 1. Januar 2007 auch mit sämtlichen Bekanntmachungen (außer Insolvenzverfahren) und Ausschreibungen.